Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 102. Mittag-Ausgabe. Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 1. März 1879.**

Deutschland.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

12. Sitzung vom 28. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Stosch, v. Voigts-Rhetz, Michaelis u. A.

Die Commission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betr. den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln hat sich constituirt: Harnier (Vorsitzender), Fürst Hohenlohe-Langenburg (Stellvertreter), Staudy und Brüning (Schriftführer).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 3. Lesung des Weltpostvertrages und der Uebereinkommen, betr. den Austausch von Briefen mit Werthangaben und von Postanweisungen.

Abg. Berger (Witten): Der Art. 6 des Uebereinkommens, betr. den Austausch von Briefen mit Werthangabe verbietet die Declaration eines höheren als des wirklichen Werthes als betrügerisch. Besser hätte man jeden Declarationszwang aufgehoben. Auch wäre die Vorlegung der Protokolle über den Pariser Postcongreß wünschenswerth.

Geh. Rath Günther erwidert an Stelle des abwesenden und durch Krankheit behinderten Generalpostmeisters, daß die Bestimmung des Art. 6 der analogen in dem deutschen Reichspostgesetz entspreche und daß man in Paris die ausdrückliche Aufhebung jedes Declarationszwanges in den Vertrag nicht für nöthig gehalten habe. Der Herr Commissar ist befugt, zu erklären, daß der Absender declariren kann, was er will, (d. h. also vor Allem auch Minderangaben machen, wie es viele Absender, um Porto zu ersparen, auf ihr Risico thun), dagegen kann er sich über den Wunsch nach Vorlegung der Protokolle nicht äußern. Brauch war es bisher nicht.

Abg. Berger wird seinen Wunsch bei der Etatsberathung wiederholen.

Abg. Majunke fragt, ob unter den sog. Geschäftspapieren, die gegen eine ermäßigte Taxe befördert werden sollen, auch Manuscripte und namentlich Schriften zu verstehen sind, welche an Redactionen und Expeditionen von Zeitungen versandt werden?

Geh. Rath Günther: Unter Geschäftspapieren sind zu verstehen „alle Schriftstücke und Urkunden, welche ganz oder theilweise mit der Hand geschrieben oder gezeichnet sind und nicht die Eigenschaft einer eigentlichen oder persönlichen Correspondenz haben."

Abg. Dr. Majunke: Selbst wenn von der Postbehörde zugegeben wird, daß Manuscripte zu einem billigeren Satze befördert werden können, so entspricht doch die im Weltpostvertrage für Drucksachen normirte Taxe nicht consequent dem Portosatz, welcher sonst für diese Gegenstände gilt. In Belgien z. B., wo allerdings die postalischen Einrichtungen in mancher Hinsicht besser sind als bei uns, ist der Satz ein sehr billiger, und ich habe den Wunsch, daß Deutschland mit den ihm zunächst gelegenen Staaten in dieser Beziehung Verträge abschließe, damit bei uns billig werde, was in anderen Staaten Recht ist.

Hierauf wird der Vertrag definitiv genehmigt.

Der Reichshaushaltsetat für 1879/80 und die Gesetzentwürfe, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphen, der Marine, des Reichsheeres und zur Durchführung der Münzreform und betreffend die Erwerbung und bauliche Instandsetzung eines Grundstücks für das Gesundheitsamt, werden in erster Lesung vereinigt.

Abg. Rickert beantragt, mehrere Capitel der Ausgaben des Militär-, des Marine-, des Post- und Telegraphen-, des Eisenbahnetats, sowie der Etats der Justizverwaltung, der Reichsschuld, des Reichsinvalidenfonds, die Einnahmen aus dem Bankwesen, aus dem Reichsinvalidenfonds, aus Ueberschüssen, aus Zinsen von belegten Reichsgeldern und aus Matricularbeiträgen, sowie das ganze Extraordinarium; desgl. Abg. Nieper die Etats der Post- und Telegraphenverwaltung an die Budgetcommission zu überweisen.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Bei der letzten Etatsberathung theilte ich Ihnen die muthmaßlichen Ergebnisse der Finanzperiode 1877/78 mit und gelangte auf Grund von Schätzungen zu dem Resultate, daß voraussichtlich ein Deficit von 20,000,000 M. sich zeigen würde. In Wirklichkeit hat sich der Abschluß günstiger gestaltet, hauptsächlich weil die Mehrausgabe bei der Militärverwaltung weit geringer war, als man vorausgesetzt hatte, und andererseits bei den Einnahmen durch die größere Einfuhr des Tabak im Anfang des vorigen Jahres eine höhere Einnahme erzielt wurde. Daher beläuft sich das Deficit nicht auf 20, sondern nur auf 11 Millionen Mark. Dieses Deficit ist gemäß dem Gesetz vom vorigen Jahre aus den Ersparnissen an den Verpflegungsgeldern der Occupationsarmee gedeckt worden, sodaß ein Deficit in den neuen Etat nicht übertragen zu werden brauchte, sogar in der Erwartung von Einnahmen bei der Reichsverwaltung ein Ueberschuß von 1,500,000 M. in den Etat eingestellt werden konnte. Was die voraussichtlichen Ergebnisse des laufenden Etatsjahres angeht, so handelt es sich dabei nicht um die wirklichen Zahlen des Abschlusses, sondern nur um eine Schätzung nach den bisher vorliegenden Angaben der einzelnen Reichsverwaltungen. Beim Reichstage [illegible] eine ziemlich beträchtliche Ueberschreitung der Mehrausgaben stattfinden. Auf dem Etat des Reichskanzleramtes stehen die Kosten der Rinderpest, für welche leider im letzten Jahre ein bedeutender Kostenaufwand nöthig war; beim Patentamte, welches noch in der Entwickelung begriffen ist, und außerdem für die verschiedenen Enquetecommissionen, welche getagt haben, sind Mehrausgaben erwachsen, die sich voraussichtlich auf 1,242,000 Mark belaufen.

Beim Reichstage ist infolge der zwei Sessionen, die im vorigen Jahre stattfanden, eine Ueberschreitung von 237,000 M., beim auswärtigen Amte vom 200,000 M. Diesen Mehrausgaben von 1,679,000 M. stehen beträchtliche Minderausgaben gegenüber. Die erste Stelle nimmt die Militärverwaltung ein, die eine Minderausgabe von ca. 4,000,000 M., hauptsächlich wegen der gesunkenen Preise für Brotfrüchte und Fourage, aufweist. Die Verzinsung der Reichsschuld hat eine Minderausgabe von 1,395,000 Mark gestattet, weil die Anleihen nicht so schnell begeben werden konnten, als man nach dem Etat vorausgesehen. Bei dem allgemeinen Pensionsfonds beträgt die Minderausgabe 500,000 M., bei der Eisenbahnverwaltung 35,000 M., weil die Subvention der Gotthardbahn sich nicht so hoch stellte, als man im Etat angenommen hat. Diese Minderausgabe von 5,485,000 Mark gegenüber gestellt der Mehrausgabe von 1,679,000 M., ergiebt eine Minderausgabe von 3,806,000 M. Bei den Einnahmen sind Mindereinnahmen zu erwarten, was nicht überraschen darf, da der auf Geschäften, Handel und Wandel lastende Druck noch fortdauert. Die Mindereinnahme wird sich bei den Zöllen und Verbrauchssteuern auf 15,378,000 M belaufen. Vom 1. April 1878 bis 31. Januar 1879 betrug die Einnahme 195,444,230 Mark, der Etat sieht eine Einnahme von 245,588,830 M.; es müßten also, um diesen Satz zu erreichen, in den beiden letzten Monaten Februar und März noch 50,141,600 M. eingehen. Im vorigen Jahre sind in diesen beiden Monaten, trotz der damals starken Tabakseinfuhr, 34,381,020 M. eingegangen; wenn diese Summe wieder eingeht, so würde doch immer noch ein Deficit bei den Zöllen u. s. w. von 15,160,580 M. eintreten. Dazu kommt noch eine entsprechende Verminderung der Aversen mit 218,190 M., so daß das schon erwähnte Deficit von 15,378,000 M. erscheint.

Bei der Wechselstempelsteuer ist ein Minus von 580,000 M. zu erwarten, der Ueberschuß der Post- und Telegraphen-Verwaltung wird voraussichtlich um 1,290,000 M., der Ueberschuß der Eisenbahn-Verwaltung um 500,000 Mark gegen den Etat zurückbleiben. Es ist von großem Interesse zu prüfen, ob die ungünstigen Umstände auf das Zurückbleiben der Zolleinnahmen wirken, oder ob man annehmen muß, daß die jetzigen Einnahmen den normalen Erträgen entsprechen. Diese Frage ist deshalb von großem Interesse, weil davon noch die weitere Frage abhängt, in welchem Maße man die Zölle einträglicher machen muß, um die Matricularbeiträge zu vermindern. 1869 betrugen die Zölle und Verbrauchssteuern pro Kopf 5,27 M. sie stiegen bis 1873 auf 7,25 M. und sanken dann für 1878 auf 6,59 M., also ungefähr auf soviel, als sie 1872 betrugen. Die Wechselstempelsteuer betrug 1870 pro Kopf 15 Pf., sie stieg bis auf 19 Pf. in 1873 und fiel wiederum auf 14 Pf. in 1878. Eine andere Bewegung zeigt die Brutto-Einnahme für Briefporto; 1869 war die Einnahme pro Kopf 1,63 M. und zeigte eine stetige Zunahme bis auf 2,69 M. im Jahre 1878. — Die gesammten Mindereinnahmen betragen zusammen 17,741,000 M. Dem stehen Mehreinnahmen bei den verschiedenen Verwaltungszweigen von 500,000 M. und an Ueberschüssen aus früheren Jahren von 2,033,671 M. gegenüber; außerdem sind aus Zinsen von belegten Reichsgeldern Mehreinnahmen von 750,000 Mark zu erwarten. Es ergiebt sich also gegen den Etat eine Mehreinnahme von 3,300,651 M.; stellt man dieser Summe die Mindereinnahmen und Minderausgaben gegenüber, so ergiebt sich ein Deficit von 10,600,000 M. Es würde also die Summe der Matricularbeiträge im vorigen Etat richtiger auf 97,000,000 M. zu beziffern gewesen sein, was auch mit dem vorliegenden Etatsansatze ziemlich übereinstimmt.

Die Abweichungen des vorliegenden Etats gegen den laufenden sind nicht bedeutend, und ich kann mich auf die dem Etat beigegebenen Erläuterungen beziehen; das Resultat der Abweichungen drückt sich in der Erhöhung der Matricularbeiträge von 87,000,000 Mark auf 101,000,000 Mark aus. Wenn die Regierungen genöthigt waren, auch dieses Mal hohe Matricularbeiträge in den Etat einzustellen, die nur im Jahre 1873 höher waren, wenn sie nicht gleich Vorlagen an das Haus bringen konnten, welche diese Beiträge vermindern und beseitigen sollen, so haben sie diese Absicht doch noch keineswegs aufgegeben und hoffen, eine Einigung darüber mit dem Hause zu erzielen. Wie man dem Reichstage einen von ihm selbst in der vorigen Etatsberathung verlangten umfassenden Steuerreformplan vorlegen könne, darüber haben sich im vorigen Jahre auf Veranlassung des Reichskanzlers die Finanzminister der Einzelstaaten zu Heidelberg verständigt. Diese Besprechungen haben ergeben, daß in allen deutschen Staaten die Regierungen sich steigenden Bedürfnissen gegenüber befinden, welche jetzt nur durch Vermehrung der directen Steuern gedeckt werden können. Die directen Steuern sind aber bereits so hoch, daß sie eine erhebliche Steigerung nicht mehr zulassen. Es ergab sich demnach das allgemeine dringende Bedürfniß nach einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs durch indirecte Steuern, um das Reich financiell auf eigene Füße zu stellen und den Einzelstaaten Mittel zu gewähren zur Reform ihrer directen Staatssteuern und Gemeindesteuern. Auch über die Mittel dazu hat man sich verständigt, jedoch sind die diesbezüglichen Vorlagen noch nicht bis zum Einbringen im Reichstage gediehen. Ich halte es deshalb nicht für angemessen, über den Inhalt derselben Mittheilungen zu machen, weil dadurch nur Debatten ohne concrete Unterlage veranlaßt würden. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es noch in dieser Session gelingen möge, über diese Vorlagen eine Einigung zu erzielen, welche die im Etatsentwurf eingestellten Matricularbeiträge als fingirt erscheinen läßt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Der preußische Landtag hat in den schweren Arbeiten der letzten Wochen die Ueberzeugung gewonnen, daß wir in Preußen ein Deficit haben, das in neuester Zeit auf 30 bis 40 Millionen Mark berechnet worden und das kein schnell vorübergehendes ist. Zu seiner Deckung fanden wir kein anderes Mittel, als eine Anleihe. Die Steuerreform im Reiche hat daher nicht blos den Zweck, das Reich auf selbstständige Einnahmen zu stellen, sondern auch, die finanzielle Lage der einzelnen Staaten zu ordnen. Denn wie in Preußen, steht es mehr oder weniger auch in den anderen deutschen Staaten. Man hat im preußischen Landtage die Ausführbarkeit der Steuererhöhung, die man auf 150 bis 200 Millionen schätzte, bezweifelt, die Verschiebung des Verhältnisses der directen und indirecten Steuern als ungerecht bezeichnet und mit Recht den Werth der directen Steuern für die Finanz-Verwaltung. Im Jahre 1848 gingen in Preußen die directen Steuern vollständig ein, während in den indirecten Steuern ein Ausfall von sechs Millionen Thalern entstand. Auch die heutigen Mittheilungen des Reichskanzleramts-Präsidenten erregen einige Bedenken gegen das Programm der Regierung. Man verlangte ferner die Erleichterung der Steuerlast durch die Communen. Dies würde unsere an sich schwere Aufgabe für das Reich um 50 bis 60 Millionen erschwert haben. Die betreffenden Resolutionen enthalten daher nur einen Wunsch für künftige, bessere Zeiten, keine directe Anforderung an das Reich. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses war darin einig, daß die Abhilfe gegen den jetzigen Nothstand nur durch indirette Reichssteuern zu erreichen ist. Meine Partei ist dieser Ansicht schon früher gewesen, und der Reichskanzler behauptet mit Unrecht, wir seien seinen Finanzzollprojecten unfreundlich entgegengetreten. Im Februar vor. Jahres erklärte Lasker in Uebereinstimmung mit v. Bennigsen, daß die Mehrheit des Reichstages das Reich in seinen Einnahmen selbstständig machen wolle und daß der Tabak ein sehr besteuerbares Object sei. Wir knüpften nur damals an die Bewilligung der Steuern zwei Bedingungen, die jetzt im Wesentlichen erfüllt sind; das Tabaksmonopol ist officiell aufgegeben, die Frage der constitutionellen Garantien ihrer Lösung sehr nahe gerückt.

Die Commission wird daher die Vorlagen rein sachlich prüfen können; ob das, was wir wünschen, erreicht wird, werden die Verhandlungen ergeben; aber wir sind dem Ziele seit Februar v. J. mit Hilfe der preußischen Regierung viel näher gekommen. Es scheint mir aber nicht richtig, die Finanzfrage mit der wirthschaftlichen Frage zu verbinden. Letztere muß sachlich und ernst, und deshalb nicht unter dem Drucke einer andern Frage gelöst werden. Die Rede des Reichskanzleramtspräsidenten läßt mich hoffen, daß die Regierung vielleicht noch beide Gebiete trennen, die finanziellen Vorlagen zunächst mit den Matricularbeiträgen verbinden, die Zolltariffrage aber besonders ordnen wird. Vor Allem aber müssen wir in sachlichen und persönlichen Ausgaben den natürlichen Verhältnissen unseres Landes gemäß sparen. Der vorgelegte Etat beweist, wie schnell sich die finanzielle Entwickelung neu geschaffener Reichsbehörden vollzieht. Bei den Bauten kommt es namentlich auch auf das Tempo des Bauens an. Durch Verlangsamung derselben spart man Bauzinsen und Unterhaltungskosten. Der wesentlichste Theil der preußischen Anleihen von 70 und 60 Millionen betrifft Baukosten. Das macht 6 Millionen Zinsen und einige Millionen Unterhaltungsbeiträge und steht nicht im Verhältniß zur natürlichen Vermehrung unserer Einnahmen. Bisher haben wir durch Aufzehrung von Ersparnissen und Hinausschiebung von Ausgaben formelle Ersparnisse in Erwartung der Einnahmevermehrung gemacht. Haben wir diese durch die Steuern definitiv geschaffen, so müssen wir materielle Ersparnisse machen.

Abg. v. Minnigerode: Je enger der Rahmen der Etatsberathung gezogen wird, zu desto klareren Anschauungen wird sie führen. Von den Mehrausgaben berühre ich zunächst die für das beabsichtige Rinderpest-Commando, die zunächst dem Osten, schließlich aber doch dem ganzen Reiche zu gute kommt. Der für das Patentamt von 300,000 Mark steht eine Einnahme von 400,000 Mark gegenüber. Nach unserm Etat erscheint ein Abschluß der Summe für das Reichsheer mit einer Mehrausgabe von beinahe 1½ Millionen, während es sich in Wahrheit um eine Minderausgabe von über 500,000 Mk. handeln würde. Diese Gruppirung ergiebt sich dadurch, daß im vorigen Jahre 2,300,000 Mk. hereingezogen sind durch Einsetzung der Reste, um diese Summe wurde der Militäretat im vorigen Jahre künstlich gedrückt, und muß er in diesem Jahre demgemäß höher erscheinen. Ich muß aber constatiren, daß an sich der Militäretat im Ordinarium niedriger balancirt. Bei der Position für die Naturalverpflegung wird es kaum möglich sein, die Forderung der Regierungen zu drücken. Die Hälfte der Ausgaben für Brot und Fourage sind nach den Preisen im October v. J., die schon sehr niedrig waren, und nur die andere Hälfte ist nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre in Ansatz gebracht. In Bezug auf die Marine dürfen wir nicht hoffen, daß die betr. Forderungen auch im nächsten Jahre in diesen knappen Zahlen erscheinen werden, denn es handelt sich hier um wesentliche Ersparnisse der Vorjahre, die uns zu gute kommen und nur in geringem Maße um einen Effect, der sich durch eine geringere beabsichtigte Diensteinstellung ergeben wird. Bei dem Reichsgericht haben wir es mit der Ansetzung für ein halbes Jahr zu thun, da es erst vom nächsten Halbjahr ab functioniren wird. Trotz aller Neigung zur Sparsamkeit glaube ich nicht, daß von den mehr als 7 Millionen regelmäßiger Ausgaben, die in diesem Etat mehr erscheinen, etwas Wesentliches zu kürzen sein wird. Um so mehr aber sind wir geneigt, an die außergewöhnlichen Ausgaben die strengste Kritik zu legen.

Bei den neuen militärischen Bauten allerdings würden wir uns sehr schwer entschließen können, der Regierung mit einem gegnerischen Votum entgegenzutreten, weil wir den größten Werth auf möglichst schnelle und gesunde Kasernirung unseres Reichsheeres legen müssen. Wenn auch der Ansatz für Militärbauten mit 18½ Millionen mehr abschließt, so wirkt doch der Umstand in gewisser Beziehung ausgleichend, daß die Aufwendungen für die Marine um 11½ Millionen niedriger sind. Ob es nöthig sein wird, den bedeutenden Aufwand für die Bauten der Post- und Telegraphen-Verwaltung in diesem Jahre zu bewilligen, stelle ich vollständig dahin. Das Gleiche gilt von der Aufnahme einer Anleihe von 6 Millionen zum schnellen Ausbau unterirdischer Telegraphenanlagen. — Es handelt sich in diesem Jahre um ein Deficit im Münzwesen in Höhe von 22,700,000 Mark. Außer demselben sind auch die Zinsen für die bisher schon zu Gunsten der Münzreform aufgenommene Anleihe mit 2,400,000 Mark mit diesem laufenden Deficit combinirt, und auch die Zinsen von unseren alten Anleihen sollen durch eine neue Anleihe gedeckt werden. Es wäre mir natürlicher erschienen, die Verpflichtung zu dieser Verzinsung auf das Conto der Matricular-Beiträge zu schreiben. Was die Hauptmomente der Einnahmen anlangt, so erscheinen freilich Rübenzucker- und Salzsteuer mit 4½ Millionen Plus, dagegen haben nach den Ueberschlägen die Zölle und Verbrauchssteuern über 2 Millionen weniger betragen, als im vorjährigen Etat eingestellt war. Der finanzielle Effect des Spielkartenstempels, der zum ersten Mal im Etat erscheint, ist doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dieselben Erscheinungen wie bei den Zöllen und Verbrauchssteuern treten auch in anderer Form bei der Post, die nur einen Ueberschuß von 300,000 Mark aufweist, und bei den Eisenbahnen hervor, wo der Etat sogar mit 1,300,000 Mark hinter dem Vorjahre zurückbleibt. Trotzdem erscheint der Etat insofern günstiger als der vorjährige, als er über eine Million Ueberschüsse mehr einstellt.

Zum letzten Male erscheint die Einnahme aus den von Frankreich gezahlten Verpflegungsgeldern in Höhe von circa 4 Millionen. Dagegen müssen wir mindestens 70 Millionen für Anleihen vom nächsten Jahre ab amortisiren und verzinsen. Die Anträge des Abg. Rickert lehnen wir nicht ab, meine Partei wird gemeinschaftlich mit der seinigen die wichtigsten Capitel des Etats mit der Tendenz prüfen, die Einnahmen des Reiches zu erhöhen. Die Matrikularbeiträge, den eigentlichen Barometer unserer Reichsfinanzirung, finden wir 1876/77 eingestellt mit 89 Millionen, 1877/78 mit 81 Millionen, 1878/79 mit 87 Millionen Mark. Für das neue Jahr werden sich die Chancen noch ungünstiger gestalten, — denn an einen rapiden wirthschaftlichen Aufschwung glaubt wohl Niemand — während unsere Ausgaben zunehmen, da die Zinsen unserer Anleihen wachsen und die Bedürfnisse eines jungen großen Gemeinwesens wie Deutschland steigende sein müssen. Was wir von der eigentlichen linken Seite des Hauses zu erwarten haben — aus den Reihen der nationalliberalen Partei sind uns ja positive Erklärungen nach dieser Richtung hin gegeben worden — ist mir heute noch nicht recht ersichtlich; noch im vorigen Jahre erklärte der Abg. Richter, das deutsche Milliardenreich habe kein Bedürfniß nach neuen Steuern, wir wollen eine Steuerreform, aber nicht eine Vermehrung der Steuern, und er hat durch allerhand Flugschriften erklärt, seine Partei habe das Land vor Millionen von Steuern bewahrt. Das ist zwar formell richtig, aber nichts anderes, als wenn ich durch prozessualische Einreden einen Prozeß lange hinhalte, das Urtheil wird doch gesprochen und dieses Urtheil ist ein Verdict für Sie (nach links). (Sehr richtig! rechts.) Die Reichsregierung hat auf diesem Gebiete vollständig ihre Pflicht erfüllt, wenn sie auf die Schwierigkeiten der Situation hingewiesen hat und nicht mit Vorschlägen gekommen ist, um diese schwierige Situation zu mildern und ich glaube, daß auch unsere Auffassungen, so sehr sie früher (1875) eine scharfe Kritik fanden, heute auch in den Augen vieler Herren, die damals nicht dieser Meinung waren, mehr zu Recht bestehen als damals.

Wir auf der rechten Seite hatten damals eine beneidenswerthe Rolle, wir waren gezwungen, ein Odium auf uns zu nehmen, dessen wir uns heute nicht zu schämen brauchen. Man ging so weit, zu sagen, man freue sich über die schönen Weihnachtsangebinde in Form unserer Steuerauffassung, die wir mit nach Hause brächten — es war unmittelbar vor Weihnachten — man hat weiter gesagt — es war namentlich der Abg. Richter — es seien viele Wahlreden gehalten, aber das wären die schönsten, und bei den nächsten Wahlen würde sich das auch ausweisen. Ich kann das Wort heute nur als ein prophetisches anerkennen, nämlich, wenn es speciell mir gegenüber gesagt ist und einen ostpreußischen Wahlkreis betrifft, denn die Wahlen haben dieses Wort des Abg. Richter zur Wahrheit gemacht: der Märzschnee ist in Ostpreußen vollständig verschwunden, unser Plan ist demgemäß der alte. (Ruf links: Sehr hübsch!) Wir sind für eine Vermehrung der Einnahmen im Reich, in den Staaten und Communen. Wir erklären nach wie vor, daß das wichtigste, sowohl das berechtigste als das leistungsfähigste Object in unseren Augen der Tabak ist. Wir würden in unserer großen Mehrheit schließlich auch vor der letzten Form, dem Monopol, auch heute nicht zurückschrecken. Aber wir werden im Einzelnen unsere Stellung zu diesem Steuerproject nehmen, wenn die Regierung mit speciellen Steuer-Vorschlägen vor uns hintritt. Dabei habe ich noch an unsere Wünsche zu erinnern in Betreff der Börsensteuer — alte Liebe rostet nicht. Wir müssen aber auch noch die eigentlichen Finanzsteuern berücksichtigen, zunächst die stärkere Besteuerung des Kaffees, Thees und eine Besteuerung des Petroleums (Rufe links: Branntwein!) Sie scheinen zu glauben, daß der Spiritus unbesteuert ist. (Heiterkeit links.) Was ich von Herzen wünsche, das ist ein gemeinsames Zusammenwirken auf diesem Gebiete. Lassen Sie uns gemeinschaftlich arbeiten, daß es endlich besser wird, und ich glaube, daß die speciellen Vorlagen, die schon in kurzer Zeit an uns herantreten werden, uns dazu Veranlassung genug geben werden. „Der Worte sind genug gewechselt, jetzt laßt uns Thaten sehen!" (Beifall rechts!)

Director im Reichskanzleramt Michaelis: Ich muß einem harten Vorwurf des Abg. v. Minnigerode entgegentreten, damit er nicht unwiderlegt in die Presse übergeht. Er hat behauptet, daß die Zinsen der früheren Anleihen für die Münzreform aus der zur Deckung der Ausgaben des vorliegenden Etats aufzunehmenden Anleihe bestritten werden sollen. Dieser Vorwurf beruht auf einem Irrthum; es handelt sich nicht um die Zinsen der fundirten Anleihen, sondern nur um die Zinsen für die Schatzanweisungen, die ausgegeben werden, um vorübergehend eine Verstärkung der Betriebsfonds der Reichshauptkasse herbeizuführen; die im Interesse der Münzreform nothwendig ist. Ursprünglich sind diese Kosten auf die Matricularbeiträge angewiesen worden, aber man stellte aus der Mitte des Reichstages selbst Anträge, diese Ausgaben auf die Anleihe zu übertragen, weil sie mit zu den directen Kosten der Münzreform, ebenso wie die Ausgaben für Transporte und Verluste gehören.

Abg. Richter (Hagen): Die Darlegungen des Ministers Hofmann beweisen, daß die ungünstigste Periode in der Gestaltung des Reichshaushalts bereits überwunden ist. Im vorigen Jahre wurden 28 Millionen Mark Erhöhung der Matricularbeiträge verlangt und wurde das Deficit des laufenden Jahres auf 22 Millionen Mark geschätzt. In diesem Jahre handelt es sich nur um 14 Millionen Mark Erhöhung der Matricularbeiträge und Schätzung des Deficits auf 11 Millionen Mark. Die Finanzpolitik des Reichstags seit 1875, mit ihren Abstrichen von 78¼ Millionen Mark Matricularbeiträgen, hat also nicht die Finanzcalamität vergrößert, sondern dem Lande überflüssige Lasten erspart und die Zurückführung in normale Verhältnisse erleichtert. Herr von Minnigerode sprach von unsern Verlusten in Ostpreußen. Niemals aber haben dort Landräthe und Regierungsräthe sich weniger auf die innere Ueberzeugung der Regierungspolitik verlassen, als jetzt. Wir werden darüber ja noch verhandeln.

Auch die Betheiligung der Gendarmerie zu Pferde und zu Fuß an den Wahlen ist nicht durch die Begeisterung für die Finanzpolitik des Herrn v. Minnigerode hervorgerufen. Im Gegensatz zu der heutigen Ausführung des Herrn v. Minnigerode haben die Conservativen es bei den Wahlen so dargestellt, als ob es sich nur um Steuervertauschung, nicht um Vermehrung der Steuerlast handle. Wenn die Herren jetzt so energisch auf Steuervermehrung losgehen, etwa gar Getreidezölle, Durchfuhr- und Holzzölle bewilligen, welche gerade geeignet sind, Ostpreußen der Verarmung entgegenzuführen, dann werden ihre Gefilde dort bald wieder verschneit sein. — Im vorigen Jahre hat das vom Minister Hofmann auf 22 Mill. M. veranschlagte Deficit in Wirklichkeit nur 11 Mill. betragen. Das heute auf

11 Millionen veranschlagte Deficit wird voraussichtlich beim Abschluß der laufenden Jahresrechnung ganz verschwinden. Die Ersparnisse an Naturalverpflegungen aus den billigen Getreidepreisen hat man zu niedrig berechnet. Allerdings sind die Einnahmen aus der Rübensteuer hinter unserer Veranschlagung zurückgeblieben. Die Ursache liegt in dem starken Zuckerexport und der Rückzahlung von Exportbonificationen, welche die innere Steuer übersteigen. Die veränderte Technik ermöglicht es, aus weniger Rüben Zucker herzustellen. Wir zahlen daher jetzt thatsächlich Millionen an Ausfuhrprämien in die Tasche der Zuckerfabrikanten. Aehnlich ist die Branntweinsteuer in Verfall, weil die veränderte Technik bei der Hervorbringung von mehr Alkohol aus demselben Maischraum die auf dem Liter Branntwein ruhende Steuer herunterdrückt. Minister Hofmann hat constatirt, daß die Einnahme aus Zoll- und Verbrauchssteuern von 1869 bis 1878 von 5 Mark 25 Pf. pro Kopf auf 6 Mark 59 Pf. gestiegen ist. Das beweist, daß diese Einnahmen wesentlich aus dem größeren Verbrauch gewöhnlicher Lebensmittel resultiren, daß trotz der augenblicklichen Mißverhältnisse die Lage des Volkes im Ganzen unter der Aera der Handelsverträge sich wesentlich verbessert hat.

Was den neuen Etat anbetrifft, so wird es nicht schwer sein, denselben so zu gestalten, daß die beabsichtigte Erhöhung der Matricularbeiträge von 14 Millionen Mark vermieden wird, die Veranschlagung der Einnahmen erheischt mannigfache Richtigstellung. Die Erhöhung des Marine-Etats beträgt im Ordinarium 2⅔ Millionen Mark. Die Uebertragungen aus den Ersparnissen in Folge der durch den Untergang des „Großen Kurfürsten" unterbrochenen Indienststellung des Panzergeschwaders sind zu gering veranschlagt. Schon im vorigen Jahre bekämpften wir die über das Maß der zulässigen Ansprüche an Personal und Material hinausgehende Indienststellung. Auch jetzt sollen wieder zehn Corvetten und sieben andere Schiffe in fremden Welttheilen schwimmen. Auch das Panzergeschwader soll wieder für fünf Monate in Dienst gestellt werden. Der Neubau von Schiffen ist zu ausgedehnt und wird namentlich gegenüber den zweifelhaften Erfahrungen bei den Panzerschiffen übereilt. Ob die ermäßigten Forderungen der Militärverwaltung nicht noch erheblich hinter den gesunkenen Preisen zurückbleiben, ist mir zweifelhaft. Die kostspieligen unterirdischen Telegraphenlinien dürfen nicht in der beabsichtigten Weise ausgedehnt werden. Der Umfang der Neubauten ist überhaupt zu groß. Das Künstlerhaus in Rom thut es freilich nicht; aber an Militärbauten und Dienstwohnungen kann sehr viel gespart werden. Wenn Herr von Benda künftig materielle Abstriche in der Budgetcommission mehr unterstützt, als bisher, so soll mir dies recht sein; bisher bin ich damit zu sehr in der Minorität geblieben. Wir haben uns durch Anleihen für Bauten engagirt, wie es nicht fortgehen kann. Alle Ersparnisse des Volkes in den schlechten Zeiten werden durch einander folgende Staatsanleihen absorbirt. Wo kann da der Unternehmungsgeist der Privaten neue Mittel finden? Obwohl dem Reichsinvalidenfonds neue Lasten zugeschrieben sind, zeigt es sich doch schon wieder, daß derselbe für seine Zwecke zu viel Mittel hat und fähig wäre, weitere Ausgaben des Etats zu übernehmen.

Die eigentlichen Matricularbeiträge nach Abzug der süddeutschen Aversen für Brau- und Branntweinsteuer betragen nur 76 Millionen, oder wenn die beabsichtigte Erhöhung vermieden wird, 62 Millionen. Die Matricularbeiträge bis 1873 sind namentlich im norddeutschen Bunde erheblich höher gewesen. Mindestens zur Hälfte stellen sich die Matricularbeiträge als Zinsen von Capitalien dar, welche man aus der französischen Kriegsentschädigung den Einzelstaaten überwiesen hat. Die Matricularbeiträge der Einzelstaaten betragen nur 6 Procent der Gesammtbruttoeinnahmen dieser Staaten. Die Schwankungen der Matricularbeiträge betragen nicht mehr als 1 oder 2 Procent jener Einnahmen. Nicht die Matricularbeiträge, sondern die anderen Momente der Betriebsverwaltungen der Einzelstaaten, Eisenbahnen, Berg- und Hüttenindustrie, machen jene Etats unsicher, während man auf die Matricularbeiträge weit mehr, als richtig ist, die Schuld schiebt. (Sehr richtig.) Von den Gesammtbruttoeinnahmen des Reichs mit 425 Millionen stellen die 62 Millionen Mark Matricularbeiträge eine Summe dar, die als bewegliches Element erhalten werden muß. — Nach dem Beispiele der beiden Vorredner habe ich nunmehr den Standpunkt meiner Partei gegenüber den demnächstigen Steuervorlagen zu skizziren. Man thut jetzt vielfach so, als ob man bei Vermehrung der Steuern nicht mehr auszugeben hätte, sondern noch etwas zugelegt bekäme. (Sehr richtig, links.) Als ob die Vermehrung der Steuern, d. h. die größere zwangsweise Entnahme von Geldern aus der Privatwirthschaft geeignet wäre, den Wohlstand zu heben. Als ob wir nicht Milliarden von Frankreich empfangen hätten, sondern es an Steuern den Staaten gleichthun müßten, welche Milliarden von Schulden machen. Will man einmal Steuerreformen, dann unternehme man wirkliche Reformen und gehe nicht blos auf Plusmacherei aus.

Ich habe bereits angedeutet, wie bei der Zuckersteuer, ohne irgend eine höhere Belastung der Consumenten, Mehreinnahmen zu erzielen sind. Eine Umgestaltung der Branntweinbesteuerung kann zugleich volkswirthschaftliche Vorurtheile mit sich bringen, indem eine andere Besteuerungsform größere Production von Alkohol, größere Verwerthung von Rückständen u. s. w. mit sich bringt. Es ist sehr bezeichnend, daß, während man sogar auf einen Petroleumzoll ausgeht, man mit ehrfurchtsvollem Schweigen am Schnaps vorbeigeht. Gerade die vielen guten Freunde, welche die Regierung unter den großen Branntweinbrennern hat, könnten die Regierung besser informiren, was bei ihnen zu holen ist. (Heiterkeit.) Es wäre ein Leichtes, mit wirklichen Reformen die Matricularbeiträge schon jetzt soweit zu ermäßigen, wie es bei der Wiederherstellung allgemeiner, normaler Verhältnisse von selbst der Fall sein wird. Das natürliche Wachsthum der Erträge vorhandener Steuern um 10 Procent würde schon 25 Millionen bringen. Der laufende Etat der Marine-Verwaltung bleibt jetzt nur noch um 4 Millionen Mark hinter dem Normal-Etat nach Beendigung der Flottengründung zurück. Die Steigerung von Militär- und Marine-Etat, von 1872 bis jetzt, von 250 Millionen auf 350 Millionen beruht auf dem Zusammentreffen vieler Umstände, die sich nicht fortsetzen. Man kann doch nicht annehmen, daß die Gerüchte über die Vermehrung von Regimentern aus den neuen Steuern wahr sind. Bleibt künftig die Ausgabesteigerung hinter der natürlichen Einnahme-Vermehrung zurück, so würde man aus den Mitteln einer reformirten Branntwein- und Zuckersteuer später die bestehenden Zölle auf Lebensmittel, wie Reis, Schweine, Heringe und Salz aufheben können. Sie sehen, unsere Ansichten unterscheiden sich wesentlich von denen der Partei von Benda's, noch mehr aber von den Ansichten der Regierung. Die Aufrechterhaltung eines beweglichen Einnahme-Elements von 60 Millionen Mark ist erforderlich.

Die Matricularbeiträge können zu ihrem größeren Betrag nicht durch bewegliche Zölle ersetzt werden. Bei letzteren würde der Gebrauch des Einnahmebewilligungsrechts immer durch Rücksichten auf den Handel im besteuerten Artikel beeinflußt werden. Die Einführung neuer Steuern in Höhe der Matricularbeiträge von 60 Millionen M. würde die Gesammtsteuerlast im Reiche und in den Einzelstaaten um 10 Procent erhöhen. Eine solche Mehrbelastung kann das Volk gegenwärtig und können auch die speciell davon betroffenen Gewerbe nicht vertragen. Herr von Benda begrüßt es, vom Tabaksmonopol officiell entbunden zu sein. Wir haben uns von demselben niemals gebunden erachtet. Aber man hüte sich, thatsächlich dazu geführt zu werden. Wenn die vorjährige Vorlage mit 42 Millionen die erste Etappe war zum Monopol, so stellt eine diesjährige Vorlage mit 60 Millionen Mark 3 Etappen dar. Die Angriffe gegen die Camphausen'sche Gewichtssteuer treffen in erhöhtem Maße gegen die diesjährigen Projecte zu. Insbesondere die Existenz vieler mittleren und kleineren Leute in der Tabaksindustrie würde erheblich dadurch gefährdet werden. Meine Freunde lehnen daher ein Eingehen auf die jetzt schwebenden Tabaksteuerprojecte von vornherein ab, unbeschadet einer anderen Stellung unter anderen Verhältnissen, bei mäßigeren Vorschlägen, insbesondere in Verbindung mit der Aufhebung der Salzsteuer. Ebenso verwahren wir uns gegen einen Zoll auf Petroleum. Die Pläne der Regierung gehen aber noch viel weiter; man will nicht blos die Matricularbeiträge durch neue Steuern ersetzen, sondern sogar noch Ueberschüsse an die Einzelstaaten herauszahlen. Das Reich soll angeblich auf eigenen Füßen stehen; die Mittelstaaten würden aber aldann aufhören, auf eigenen Füssen zu stehen. Ist die Selbstständigkeit derselben den dortigen Conservativen und Regierungen für Geld feil? Ich lege umgekehrt auf die Erhaltung selbstständiger Mittelstaaten in der politischen Entwickelung Deutschlands einen hohen Werth. Dieselben Schwierigkeiten wie bei der Vertheilung der Matricularbeiträge, dieselbe Unsicherheit für das Verhältniß der Einzelstaaten würde bei der Vertheilung von Ueberschüssen hervortreten. Das Gehässige der Steuererhebung würde dem Reich anheimfallen; in den Einzelstaaten würde man wetteifern, die Ausgaben zu erhöhen, ohne Rücksicht darauf, ob die Steuererträge im Reich nachkommen können. Noch schlimmere Folgen würde die Uebertragung auf die Communen und deren Verflechtung mit der Reichssteuer nach sich ziehen.

Es käme dabei eine unsolide Fianzwirthschaft und Centralisation von der schlimmsten Art heraus. Wir wollen das Verhältniß von directen und indirecten Steuern — wir haben ja jetzt schon mehr indirecte Steuern — im Großen und Ganzen nicht ändern und uns allen Versuchen widersetzen, die besitzenden Klassen auf Kosten der Besitzlosen zu entlasten. (Oho!) Für die 6 Millionen Preußen, welche überhaupt keine directen Staatssteuern bezahlen, bringen die neuen indirecten Steuern jedenfalls nur Belastung. (Ruf rechts: Sie brauchen ja nicht mehr zu rauchen!) Mit welchem Recht legt man diesen Klassen mit der gleichen Tabakssteuer zwingendere Opfer auf, als höheren Klassen? Die Bitte des Herrn von Minnigerode, nicht über Zollpolitik zu sprechen, kann ich nicht erfüllen. Wenn die Belagerungsarbeiten derart fortgehen, können die Belagerten nicht stille sitzen bis man zum Hauptsturm schreitet. Zoll- und Finanzfragen hängen zusammen; je mehr man das Schutzzollsystem ausdehnt, desto weniger leistungsfähig ist das Land, neue Steuern zu zahlen. Auch nur 25 Pfennig Zoll auf Weizen und Roggen bringt eine Vertheuerung von 45 Millionen Mark hervor, wobei nur 5 Millionen Zoll einkommen. Oder bestreiten Sie etwa, daß die Vertheuerung auf ausländisches Getreide sich auch auf inländisches überträgt? (Ruf: Jawohl!) Dann weiß ich nicht, wie ohne Vertheuerung der Zoll dem inländischen Landwirth soll nützen können. Entweder ist die Behauptung von dem Nutzen unwahr, oder die Behauptung von der allgemeinen Vertheuerung ist richtig. Beides zusammen kann nicht wahr sein. (Sehr richtig!) Oder glauben Sie, daß die 45 Millionen auf den Zwischenhandel fallen? Welches Recht hätte man, denselben so hoch zu besteuern? Vermag derselbe wirklich jetzt vom Consumenten so viel zu gewinnen, so ist er auch im Stande, die 25 Pfennige auf den Consumenten abzuwälzen. Eine Familie braucht jährlich 20 Ctr. Brotgetreide, macht bei 25 Pf. Vertheuerung 5 Mark Belastung. Die Einnahme von 5 Millionen aus Zoll würde, allein auf die unterste Steuerstufe in Preußen verwandt (unter 20 Thaler Einkommen) nur eine Entlastung derselben um 1 Mk. ermöglichen; die Belastung aber ist eine fünffache. Wie beim Getreidezoll verhält es sich mit allen andern Zöllen.

Um die verlangten 70 Millionen Mark aus der allgemeinen Eingangs-Abgabe zu erzielen, würde man Vertheuerungen im Lande von etwa 700 Mill. Mark bewirken müssen. (Sehr richtig! links; Widerspruch rechts.) Aber selbst diese 70 Millionen Mark Einnahme würde für das Reich mehr als ausgeglichen durch Vertheuerung seines eigenen Bedarfs. Der Armee würde der Hafer mehr vertheuert werden, als der Haferzoll einbringt. Ein Schienenzoll von 1 M. vertheuert die Schienen, namentlich auf der Staatsbahn um 4 Millionen Mark, während der Zoll selbst bei der ganz geringen Einfuhr nichts Nennenswerthes eintragen würde. Dem Landwirth wird das, was ihm der Kornzoll etwa einbringt, wieder abgenommen durch Vertheuerung anderer Gegenstände, auf welche ein Zoll gelegt wird. Ueberall, wo der Staatsconsum einen stärkeren Bruchtheil darstellt, als der zollpflichtige Consum vom allgemeinen Consum, bewirkt die Zollpolitik auch direct nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Finanzlage. Aber es giebt auch große Industriezweige und Erwerbsklassen, Beamte, Künstler und Gelehrte, denen Schutzzölle überhaupt nichts nützen, weil ihre Preise die ausländische Concurrenz gar nicht beeinflußt. Wenn schließlich nach einem schwierigen Proceß die Ueberwälzung allgemein stattgefunden hat, so hat Keiner etwas gewonnen; man hat sich wechselseitig Alles vertheuert, vermag in Folge dessen weniger auf dem Weltmarkt zu verkaufen, und muß selbst produciren, was man bei weniger Aufwand von Capital und Arbeit vom Ausland hätte beziehen können. (Sehr richtig!) Unter Nichtbeachtung gerade der nationalen Eigenthümlichkeiten consumirt und producirt man unter ungünstigen Bedingungen. Die neulichen Ausführungen des Reichskanzlers über den Zusammenhang zwischen Wirthschafts- und Finanzpolitik scheinen auch auf schutzzöllnerischer Seite nicht begriffen worden zu sein.

Der Reichskanzler sagte, daß, wenn man ihm das Tabaksmonopol bewilligt hätte, er sein Programm von 1875, den Zolltarif auf wenige Gegenstände zurückzuführen, zur Ausführung gebracht haben würde. Welcher Zusammenhang besteht denn zwischen dem Tabaksmonopol und der Wirthschaftspolitik gerade vom schutzzöllnerischen Standpunkt? Durfte die Thronrede etwa anders lauten, wenn jetzt das Tabaksmonopol eingeführt würde? Durfte man der Industrie die Hilfe versagen, aus den bisherigen Handelsverträgen günstige Wirkungen folgern, unter Hinweis auf das Tabaksmonopol? (Heiterkeit.) Durfte der Reichskanzler etwa, während er jetzt den Landwirthen Abhilfe von der Geldklemme verspricht, dann nach Pölz schreiben: Was geht das mich an, Ihr bekommt ja das Tabaksmonopol, Freundchen, was willst Du noch mehr? (Heiterkeit.) Konnte er denn den Landwirth damit abfinden, daß er durch das Tabaksmonopol ja die Havanna-Cigarren billiger gemacht habe? Das begreife, wer kann. Da muß sich in der That im Lande die Meinung verbreiten, daß es dem Kanzler weit mehr auf recht viel Steuern, als auf die Wirthschaftspolitik ankommt. Der Kanzler hat gesagt, seine Rede vom October 1862 habe nicht seinen eigenen Ueberzeugungen, sondern dem Concept eines vortragenden Rathes entsprochen. Danach ist also die offiziöse Sammlung des Herrn Hahn von den Reden des Reichskanzlers, nicht, wie die Vorrede besagt, ein getreues Abbild der Bestrebungen und Leistungen des Reichskanzlers, das 1878 erschienene Buch ist also fast werthlos (Heiterkeit). Jedenfalls müßten die nach dem Concept vortragender Räthe gehaltenen Reden in eine besondere Abtheilung gebracht werden (Heiterkeit). Man weiß nicht mehr, an welche Reden des Kanzlers in der Vergangenheit man sich zu halten hat. Man weiß es auch nicht mehr für die Gegenwart. (Sehr wahr, links.)

Konnte nicht auch die neuliche Rede des Reichskanzlers nach dem Concept eines Mitgliedes der Tarifcommission gehalten sein? So wenig schätzt der Kanzler die selbstständige Bedeutung der Wirthschaftspolitik, daß er erklärte, die bisherige Wirthschaftspolitik beibehalten oder fortsetzen zu wollen, wenn ihm nur die Arbeitskraft des Herrn Delbrück geblieben wäre. Was würde er sagen, wenn man die Richtung der auswärtigen Politik abhängig erklären wollte von der Person, die sich als beste Arbeitskraft für das Staatssecretariat des Auswärtigen bietet? Der Reichskanzler sagt, daß er 1862 das Umgekehrte gemeint, von dem, was er sagte; ihn habe nicht die materielle Wohlfahrt, sondern die höhere Politik beim Handelsvertrage geleitet. Man sagt wohl im Lande, daß der Kanzler auch die innere Politik nach den Regeln diplomatischer Kunst behandelt, unter Verwerthung innerer Fragen, nicht nach ihrem Kern, sondern als Machtfragen. Sollte nun der Kanzler etwa den Zweck verfolgen, unter Benutzung von interessanten Parteien sich jene Machtstellung im Parlament zu verschaffen, die er bei früheren Gelegenheiten als wünschenswerth bezeichnet hat? (Zuruf rechts: Etat!) Wenn der Herr schon einer Etatberathung beigewohnt hat, würde er wissen, daß der Etat die Gelegenheit ist, sich über die gesammte Politik und die dafür verantwortliche Person des Kanzlers zu äußern. Der Kanzler bestimmt seine Politik selbstständig und zieht die Parteien heran, welche ihn dabei unterstützen sollen. In seiner neulichen Rede führte er keine sachlichen Gründe für seine veränderte Politik an, sondern spitzte seine Ausführungen dahin zu: ich bin der Fürst Bismarck und wie wenig seid dagegen Ihr! Wenn derart Alles auf die persönliche Autorität gestützt wird, erklärt es sich, warum der Kanzler jede Kritik als einen persönlichen Angriff auffaßt. (Abg. v. Kardorff ruft den Redner wiederholt zur Sache.) Herr Präsident, ich bitte mich gegen diese Störungen zu schützen. So erklärt es sich, daß der Kanzler auch die Kritik der Nationalliberalen als auf Hetzereien oder Fractionsgeheimniß beruhend auffaßt.

Wird Alles derart auf die persönliche Autorität gestellt, wozu überhaupt dann einen Reichstag? (Ruf: Zur Sache! Präsident v. Forckenbeck: Nur die letzten Sätze des Redners hängen mit dem Etat nicht mehr unmittelbar zusammen. Aber ich muß anerkennen, daß es einem alten Herkommen des Hauses entspricht, bei der Bewilligung des Etats an den Kanzler die gesammte Politik desselben, als der dafür verantwortlichen Person, zum Gegenstand der Discussion zu machen.) Würde statt der parlamentarischen Einrichtungeu bei einer Dictatur auf Lebenszeit des Kanzlers Alles auf dessen alleinige Verantwortlichkeit gestellt, so würde derselbe um so mehr verpflichtet sein, die Tragweite einer veränderten Wirthschaftspolitik in Erwägung zu ziehen. Er würde dann allein seinen Eingebungen folgen können, ohne daß Reizungen, wie etwa ein Leitartikel der „National-Zeitung", auf ihn Einfluß hätten. Allerdings, eine Tarifcommission würde er auch dann nicht entbehren können, um seinen Plänen und Eingebnngen einen ziffermäßigen Ausdruck zu geben. Aber ist das deutsche Volk wirklich geneigt, deshalb, weil der Kanzler auf manchem Gebiet Großes geleistet, Alles unter seine Autorität zu stellen? Alles dem Wissen und Willen eines großen Mannes unterzuordnen, der trotz alledem ein fehlbarer Mensch bleibt, der vielleicht gerade deshalb, weil ihn seine bisherigen Thaten mit großem Selbstbewußtsein erfüllen müssen, der scharfen Kritik selbstständiger Männer bedarf, um ihn vor falschen Schritten zu bewahren? Ist Letzteres die Ansicht des deutschen Volkes, dann sind wir verpflichtet, seiner neuen Wirthschaftspolitik rücksichtslos diejenige Opposition entgegen zu stellen, zu der wir uns nach Pflicht und Gewissen gedrungen fühlen müssen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (zur Geschäftsordnung): Der Rahmen der Etatsberathung ist allerdings ein sehr weiter, aber so weit wie der Abg. Richter hat ihn meines Wissens noch kein Redner gezogen. Ich wurde von jener Seite lebhalt unterbrochen, als ich im vorigen Jahre die allgemeine wirthschaftliche Lage bei dieser Gelegenheit erörtern wollte, und der Präsident rührte die Klingel an, in Folge dessen ich meine Ausführungen abbrach. Ich werde in Zukunft für mich dieselbe Freiheit in Anspruch nehmen, wie sie jetzt der Abg. Richter für sich in Anspruch genommen hat.

Abg. Windthorst (Meppen): Der letzte Vorbehalt des Abg. v. Kardorff ist begründet, aber ich muß constatiren, daß auch nach meiner Erinnerung der Reichstag bei der Etatsberathung stets eine allgemeine Discussion der politischen Lage zugelassen hat. Diese Freiheit müssen wir uns wahren, und der Präsident hat das in würdevoller, klarer Weise gethan, die keine Kritik verdient hätte.

Präsident v. Forckenbeck: Ich habe die Bemerkungen des Abg. v. Kardorff nicht als eine Kritik über mich aufgefaßt, eine solche ist unzulässig, ich würde sie mir nicht gefallen lassen. Ich habe anerkannt, daß nur die letzten Ausführungen des Abg. Richter nicht in directem Zusammenhang mit der Etatsberathung standen und verwiesen auf das Herkommen des Hauses, welches mich abgehalten hat, von meinem Rechte, den Redner zur Sache zu rufen, Gebrauch zu machen. Eine gleiche Praxis habe ich dem Abg. v. Kardorff gegenüber beobachtet.

Abg. v. Kardorff: Ich wollte dem Präsidenten kein Mißtrauensvotum aussprechen, sondern nur zeigen, wie ungerecht jene Herren gegen uns sind. Hätte unsereins eine solche Rede gehalten, wie der Abg. Richter, er hätte vor lauter Unterbrechungen von dort nicht zu Ende sprechen können.

Abg. Lasker: Der Abg. v. Kardorff hat genug „Zur Sache" gerufen, es haben ihm nur die Genossen gefehlt.

Abg. Lucius (zur Sache): Ich muß für mich und meine Partei dieselbe Unabhängigkeit der Gesinnung in Anspruch nehmen, wie der Abg. Richter, von dem ich mich nur darin unterscheide, daß ich mit weniger Mißtrauen den bisher noch gar nicht bekannten Vorlagen der Reichsregierung entgegensehe. Der Abg. Richter glaubt im Hinblick auf den vorliegenden Etat, daß die kritische Periode unserer Etatsaufstellungen nun zu Ende sei. Ich zweifle aber, ob dieser verhältnißmäßig günstige Zustand ein dauernder sein wird, ich glaube vielmehr, daß wir zum Zweck der dauernden Consolidirung unserer Finanzverhältnisse einer Finanzreform bedürfen. Wir haben ja stets die Matricularbeiträge nur als einen Nothbehelf bezeichnet, der nur danern sollte, bis das Reich finanziell auf eigene Füße gestellt ist. Der Abgeordnete Richter hat behauptet, daß durch seine Politik die Matricularbeiträge seit einigen Jahren um 48½ Millionen herabgesetzt seien. Das sind zwar jährliche Abstriche, aber sie repräsentiren keine eigentlichen Ersparnisse, denn diese müßten sich zeigen in der Verminderung der Ausgaben, welche nur in den letzten drei Jahren in geringem Maße stattgefunden hat. Hätten wir wirklich in dem einen Jahre zu viel an Matricularbeiträgen bewilligt, so wäre der Ueberschuß dem Etat des nächsten Jahres zugute gekommen. Ich wundere mich, daß der Abg. Richter gerade die Gegenstände des landwirthschaftlichen Gewerbes, die Rüben- und Spiritussteuer als erste Objecte einer Steuer-Reform empfiehlt. Abgesehen von den außerordentlichen praktischen Schwierigkeiten, die sich hierbei darbieten, sollte man sich hüten, diese Industriezweige, welche allein noch nicht allzusehr von der allgemeinen Calamität leiden und auf welchen die wirthschaftliche Existenz ganzer Provinzen, namentlich Ostpreußens, beruht, unvorsichtig durch eine Steuer-Reform zu stören.

Ich protestire lebhaft dagegen, daß diese Industrieen die ersten Objecte einer Steuerreform sein sollen, sie müssen vielmehr die letzten sein. Der Abg. Richter hat behauptet, daß durch indirecte Steuern nur die Besitzlosen belastet würden. Ich erkenne es gerade für einen Vortheil dieses Steuersystems, daß es durch dasselbe möglich wird, für den Staat Beiträge von jenen Theilen der Bevölkerung zu erzielen, welche der directen Steuer nicht zugänglich sind. Ich bin auch nicht der Meinung, daß sofort nach der Durchführung eines Theiles der Steuerreform eine erhebliche Verminderung der directen Steuer möglich sein wird, aber es ist schon genug, wenn dadurch einer Erhöhung dieser Steuern vorgebeugt wird. Was den vorliegenden Etat betrifft, so zeigt er im Ordinarium verschiedene Mehrausgaben in den Civildienstzweigen. Sie werden aber in Verlegenheit sein, wo Sie Abstriche machen sollen. Einer eingehenden Prüfung wird das Extraordinarium des Marineetats bedürfen, wo Summen für neue Panzerschiffe gefordert werden. Der Werth derselben ist auch im Gefecht sehr zweifelhaft, denn bei der neulichen Collision waren beide Schiffe fast ganz gleich beschädigt. Da Deutschland keine kriegführende Seemacht ist und sein kann, so können wir anderen Mächten diese kostspieligen Experimente überlassen. — Ohne einen Angriff gegen die augenblickliche Marineverwaltung damit zu beabsichtigen, wünsche ich eine Revision unseres Flottengründungsplans in dieser Beziehung. Ich begrüße mit Freuden die Gehaltsaufbessung der Militärärzte, deren Avancementsverhältnisse so ungünstige sind. Im Hinblick auf die gesammte Finanzlage muß ich sagen, das Deutsche Reich kann nicht von der Hand in den Mund leben. Ich besorge nicht, wie der Abgeordnete Richter, daß durch etwaige Ueberschüsse im Reiche die Selbstständigkeit der Mittelstaaten beeinträchtigt wird, wir können mit Mehr-Einnahmen, die ohne eine drückende Mehrbelastung möglich sind, noch viele dringende Culturaufgaben erfüllen und die Festigkeit des Reichs stärken. Deshalb mögen die Regierungen bald mit ihren Reformplänen hervortreten, wir werden daran gehen mit dem festen Entschluß, positive Resultate zu erzielen. Mit der vorgeschlagenen geschäftlichen Behandlung der Vorlagen bin ich einverstanden. (Beifall rechts.)

Director im Reichskanzleramte Michaelis: Alle Ausgaben, namentlich auch die außerordentlichen sind darauf hin geprüft worden, ob sie nicht aufschiebbar seien oder ob nicht mit geringeren Mitteln derselbe Zweck erreicht werden könne. Wenn der Abg. Richter in dem Etat ein Symptom dafür erblickt, daß wir in unserer Finanzentwicklung über den Berg hinweg sind, so mögen die Ergebnisse der Prüfung nach diesem Grundsatze die hauptsächlichste Veranlassung zu dieser Behauptung gegeben haben. Der Etat der Militärverwaltung schließt formell etwas höher ab, aber materiell sind die Ausgaben wesentlich ermäßigt. Der Verpflegungsfonds konnte wesentlich vermindert werden, aber im Uebrigen darf man nicht vergessen, daß dem Reich bedeutende Mehrausgaben aus dem neuen Servistarife erwachsen, die an Gemeinden und Einzelne zur Auszahlung gelangen, so daß sie auf der einen Seite den Steuerzahler belasten, auf der anderen ihn aber entlassen. Der Abg. Richter hat nun in Aussicht genommen, den Etat so zu verändern, daß die Matricularbeiträge nur den Stand derjenigen des laufenden Jahres erreichen. Er hat dazu besonders Verminderung des Verpflegungsfonds im Militäretat in Aussicht genommen. Früher wurde der Berechnung eine zehnjährige Durchschnittsperiode unter Weglassung des theuersten u. wohlfeilsten Jahres zu Grunde gelegt, weil die Feststellung des Etats fast ein Jahr vor Beginn des Etatsjahres erfolgte; nachdem jetzt durch die Verlegung des Etatsjahres die Feststellung und Berathung in dem Quartal erfolgen kann, welches dem Anfang des Etatsjahres unmittelbar vorangeht, ist eine andere principielle Grundlage zwischen Militär- und Finanzverwaltung vereinbart worden. Die Hälfte des Quantums wird jetzt nach dem Durchschnitt der zehnjährigen Marktpreise, die andere Hälfte nach den augenblicklichen Preisen berechnet.

Dieses Princip ist vom Reichstage gebilligt, und wenn man in Bezug auf die Veranschlagung der Einnahmen die im Vorjahre befolgte Praxis beibehält — obgleich sehr bedeutende Mehreinnahmen bei den Zöllen 2c. dazu erforderlich sind, den Etatssatz zu erfüllen —, so sollte man auch diese Methode der Berechnung der Naturalverpflegung beibehalten. Auch aus den Zinseinnahmen und aus dem Bankwesen hoffte der Abg. Richter höhere Erträge, bei den Zinsausgaben ein Minus. Sollte sich im Laufe der Berathung eine günstigere Gestaltung dieser Einnahmen mit Sicherheit voraussehen lassen, so werden die Commissionsverhandlungen Gelegenheit geben, dem gerecht zu werden. Endlich hat der Abg. Richter aufs Neue den Reichs-Invalidenfonds in Aussicht genommen. Eine Mehrbelastung desselben steht einer Capitalaufzehrung gleich, er wird nicht im Stande sein, eine Mehrbelastung zu ertragen. Die gegenwärtigen Zinseinnahmen desselben unterliegen einer wesentlichen Ermäßigung. Bisher besaß der Fonds Eisenbahn-Prioritäten im Nominalbetrage von 157,453,000 M., zum Courswerthe mit 135,822,284 M. gekauft, die sich mit 7,040,388 M., d. h. mit 4½ Procent verzinsten. Da diese Papiere nicht mehr zulässig sein sollen, so werden sie durch Staats- oder denen gleichstehende Papiere ersetzt werden müssen, die nur einen Zinsertrag von 3½ bis 4 Procent ergeben, die Zinseinnahmen würden sich durch diese Operation um 525,000 M. vermindern. Bei dieser Lage werden wir darauf Bedacht nehmen müssen, dem Invalidenfonds eine Reserve zu lassen. Man würde gut thun, wenn man noch die Erfahrung eines Jahres vergehen ließe, dann wird ja eine neue Bilanz des Fonds aufgestellt werden.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Fortsetzung der ersten Lesung des Etats auf Sonnabend 11 Uhr. Vor der Fortsetzung der Etatsberathung wird die Verlesung der Interpellation Zinn-Thilenius, betreffend Maßregeln gegen die Pest, stattfinden.

Berlin, 28. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Hofmarschall Sr. Majestät des Königs der Niederlande, Grafen von Schimmelpenninck de Nyenhuis, den Rothen Adler-Ordlen erster Klasse, sowie den Consuln des Deutschen Reichs Friedrich Nordenholz zu Buenos-Ayres und Karl Diehl zu Montevideo den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem katholischen Pfarrer Noll zu Marxheim im Mainkreise den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs die von den Wählern des israelitischen Consistorialbezirks Lothringen vollzogenen Wahlen des Bürgermeisters Leon Grumbach zu Saargemünd, des Kaufmanns Moses Dennery-Benjamin zu Metz und des Kaufmanns Mayer Simon

Cahen daselbst zu weltlichen Mitgliedern des israelitischen Consistoriums zu Metz bestätigt.

Bei den königlichen Museen zu Berlin ist der Dr. v. Seydlitz als Directorial-Assistent bei dem Kupferstich-Cabinet und der Dr. Erman als Directorial-Assistent bei dem Münz-Cabinet angestellt worden. Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Schmidt zu Köben ist zum Kreis-Physikus des Kreises Soldin ernannt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Tondern ist der ordentliche Lehrer Rickmers daselbst zum ersten Lehrer und der Präparandenanstalts-Lehrer Rathje zu Apenrade zum ordentlichen Lehrer ernannt worden. — Der bisherige Consistorial-Assessor beim königlichen Consistorium in Berlin, Consistorial-Rath Arnold ist Behufs seines Uebertritts in die Verwaltung des Ministeriums des königlichen Hauses aus der kirchlichen Verwaltung entlassen worden.

Berlin, 28. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute Vormittag den Grafen Clemens zu Schönburg-Glauchau aus Gusow, Rittmeister à la suite der Armee, und hörte die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai, sowie des Ministers des Königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg. Heute findet Familientafel im Königlichen Palais statt.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und empfing den neu ernannten Königlich großbritannischen Botschafter am Kaiserlich russischen Hofe, Earl of Dufferin. Nachmittags um 5 Uhr nahm derselbe das Diner bei Ihren Majestäten ein. Abends um 7 Uhr begab Sich Se. Kaiserliche Hoheit, vor Beginn der Cour für Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Luise Margarethe, zur Begrüßung in das Schloß. (R.-Anz.)

= **Berlin**, 28. Febr. [Interpellation Thilenius. — Der Antrag der reichsländischen Autonomisten. — Der Antrag der Conservativen betreffs Abänderung der Gewerbeordnung. — Verein für chemische Industrie.] Die bereits telegraphisch angekündigte Interpellation der Abgeordneten Dr. Thilenius, Dr. Zinn, Dr. Mendel, Dr. Löwe (Bochum), welche schon morgen im Reichstage zur Verlesung kommen soll, hat folgenden Wortlaut: „Wird die Reichsregierung dem Reichstage Mittheilung machen 1) über die gegenwärtige Verbreitung der Pest? 2) über die bisher ergriffenen und etwa noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Verhütung einer Einschleppung der Seuche nach Deutschland?" — Der Abgeordnete Thilenius wird die Interpellation motiviren und der Reichskanzleramts-Präsident Hofmann dieselbe vielleicht sofort beantworten. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß bei dieser Gelegenheit auch Aufschluß über die bekannten Bestrebungen des Reichsgesundheitsamts bezüglich einer internationalen Seuchencommission gegeben werden möchte. — Der Antrag der elsaß-lothringischen Autonomisten ist von den Nationalliberalen, der Fortschrittspartei sowie von einer Anzahl von Mitgliedern der deutschen Reichspartei unterstützt; über die Stellung des Centrums ist noch nichts bekannt. — Der gestern erwähnte Antrag der Conservativen wird erst morgen zur Vertheilung gelangen; er hat folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welche die Gewerbeordnung nach folgenden Richtungen hin abgeändert wird: I. Zu § 32 die Erlaubniß zum Betrieb des Gewerbes als Schauspielunternehmer ist zu versagen, wenn die Behörde auf Grund von Thatsachen die Ueberzeugung gewinnt, daß dem Nachsuchenden die zum Betrieb des beabsichtigten Gewerbes erforderliche Zuverlässigkeit oder Bildung abgeht. II. Zu § 33: die Erlaubniß zum Betriebe der Gastwirthschaft, Schankwirthschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist auch dann zu versagen, wenn ein Bedürfniß zu dieser solchen Anlage nicht vorliegt. III. Zu §§ 34, 36, 56 bis 61, 63: 1) Das Gewerbe von Auctionatoren darf nur von Personen betrieben werden, welche als solche von den verfassungsmäßig dazu befugten Staats- und Communalbehörden oder Corporationen bestellt und concessionirt sind. 2) Bei dem Gewerbebetriebe im Umherziehen ist der Verkauf der Waaren im Wege der Versteigerung zu verbieten. 3) Die Heranziehung der Wanderlager zu den Gemeindelasten ist an jedem Orte, in welchem dieser Gewerbebetrieb stattfindet, bei einem bestimmten Betrage zu gestatten, welcher von dem Betriebe eines stehenden Gewerbes von gleichem Umfange für die Dauer eines Jahres zu leisten wäre. 4) Zur Sicherung dieser Bestimmung ist den Inhabern von Legitimationsscheinen, welche Waaren in ihren Besitz festzustellen, die Verpflichtung zur Anmeldung dieses Gewerbebetriebes bei der Ortsbehörde aufzuerlegen. IV. Der Titel VI (§§ 84—104) über die Innungen ist im Sinne weiterer Entwickelung der den Innungen zustehenden gewerberechtlichen Befugnisse vollständig umzuarbeiten und dabei insbesondere von folgenden Gesichtspunkten auszugehen. (Folgen 13 Normativbedingungen über Innungsbezirk, Eintritt und Mitgliedschaft, Vertretung, Aufgabe und Competenz der Innung u. A., Aufsicht über die Fachschulen, Abnahme von Gesellen- und Meisterprüfungen, Aufsicht über Lehrlings- und Gesellenwesen, Verwaltung der Kranken-, Hilfs- 2c. Kassen, Fürsorge für Wittwen und Hinterbliebene der Innungs-Mitglieder.) Ferner Berechtigung der Innungs-Mitglieder, Beitreibung der Innungsbeiträge, Ueberwachung der Innungen durch die Gemeindebehörden.

Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands hat einen Tarifentwurf für Chemikalien ausgearbeitet, welcher einer nach Berlin zu berufenden General-Versammlung des Vereins unterbreitet werden soll, dem fast alle chemische Fabriken Deutschlands angehören. Der Tarif verlangt Zollfreiheit für Rohproducte zur Herstellung chemischer Fabrikate, erklärt sich gegen Kampfzölle und gegen das Princip der allgemeinen Zollpflichtigkeit.

[Reichstags-Disciplinargesetz.] Seitens der nationalliberalen Partei wird beabsichtigt, das Strafgesetz wider die Reichstags-Abgeordneten nicht einer Commission zu überweisen, sondern im Plenum zu berathen. Es steht schon heute außer Zweifel, daß die Mehrheit des Hauses alle eingebrachten Amendements und das Ganze des Gesetzes ablehnen wird.

[Die Vermittelung des Auswärtigen Amtes und seiner Organe im Auslande] wird nach dem „R.-A." von Seiten der Betheiligten Behufs Einziehung von Erkundigungen, sowie zu sonstigen amtlichen Schritten im Privatinteresse in immer steigendem Maße in Anspruch genommen. Entstehen durch die Erfüllung derartiger Gesuche Kosten und Auslagen, so begegnet die Einziehung derselben nicht selten Schwierigkeiten, indem die Erstattung namentlich mit Hinweis darauf abgelehnt wird, daß eine Verpflichtung dazu nicht übernommen sei. Zur Vermeidung der hieraus sich ergebenden Folgen erscheint es nothwendig, daß in Fällen der bezeichneten Art, je nach Lage der Sache, die Antragsteller zunächst zur Bestellung von Kostenvorschüssen veranlaßt werden. In diesem Sinne sind die kaiserlichen Consularämter mit Weisung versehen. Für die Betheiligten wird es sich daher, zur Vermeidung von Weiterungen und Zeitverlusten, empfehlen, gleich bei Anbringung ihrer Anträge die Kostenfrage mit ins Auge zu fassen.

W.T.B. [Der Bundesrath] hielt am Donnerstag, den 27. Febr. c., eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung kamen zur Vorlage a. ein Schreiben des Präsidenten des Reichstags, betreffend die Zustimmung des Reichstags zu dem Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn, b. eine Uebersicht über den Stand der Bauausführungen 2c. der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen bezw. Luxemburg, c. der Vertrag mit Oesterreich wegen Revision des Artikels V des Prager Friedens. Der Bericht der Commission für die Leinen- und Baumwollen-Enquete wurde der Zolltarif-Revisions-Commission überwiesen. Ein Antrag des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend Unzulässigkeit nachträglicher Abänderung des bei Verzollungen festgestellten Nettogewichts wurde genehmigt. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über die Besetzung erledigter Stellen bei den Disciplinarkammern zu Stuttgart und Karlsruhe. Ausschußberichte wurden erstattet über a) die Aenderung des Gesetzes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- 2c. Genossenschaften. Es wurde beschlossen, den Reichskanzler um Veranlassung der Ausarbeitung einer bezüglichen Gesetzes-Novelle im Anschluß an die beschlossene Revision der Actiengesetzgebung zu ersuchen, b) den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze nützlicher Vögel. Der betreffende Gesetzentwurf wurde mit einigen Aenderungen genehmigt. c) Ein Gesuch um nachträgliche Steuerrückvergütung für ausgeführtes Bier. Es wurde ablehnende Bescheidung beschlossen. d) Die zu Bern am 17. September 1878 unterzeichnete internationale Convention über Maßregeln gegen die Reblaus. Die Convention wurde genehmigt. Es folgte die Ernennung von Commissarien zur Berathung von Vorlagen im Reichstage. Endlich wurden einige Eingaben vorgelegt und theils der Zolltarif-Revisions-Commission, theils dem zuständigen Ausschusse überwiesen und zwar Eingaben a. der Glycerinfabrikanten Jaffé und Darmstädter zu Charlottenburg und Genossen, betreffend Zollbefreiung der Glycerinlauge, b. der Stadtvertretung von Danzig, betreffend Revision des Zolltarifs, c. der Handelskammer zu Köln, betreffend Reform der Zoll- und Steuergesetzgebung, d. der Papierwaaren-Fabrikanten C. und R. Schmidt zu Elberfeld, betreffend Eingangszoll für braunes Packpapier.

Leipzig, 28. Febr. [Reichstagswahl.] Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten über die gestrige Ersatzwahl zum Reichstage im 10. sächsischen Wahlkreise siegte in den Städten des Wahlkreises Döbeln der Candidat der Freiconservativen, Geheimrath König, gegen Burkhardt (Socialdemokrat). Die Wahl des Ersteren kann als zweifellos angesehen werden.

Duisburg, 28. Febr. [Wahl.] Bei der gestern im 6. Düsseldorfer Wahlkreise stattgefundenen Ersatzwahl zum Reichstag siegte, nach einer Mittheilung der „Rhein- und Ruhrzeitung", der Candidat der Nationalliberalen, Hütten-Director Servaes (Ruhrort), mit bis jetzt 13,900 Stimmen über den von der vereinigten ultramontanen und Handwerkerpartei aufgestellten Tischlermeister Brandes (Berlin), welcher nur 6300 Stimmen erhielt. Das Ergebniß der noch ausstehenden Bezirke dürfte auf das bisherige Resultat ohne Einfluß bleiben.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 28. Februar. [Grundbesitzer-Verein.] In der am 27. d. M. in Casperke's Local unter dem Vorsitz des Herrn Bankdirector Milch stattgehabten Versammlung wurde zunächst über eine an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu richtende Petition wegen der Wassergeldfrage Beschluß gefaßt. Die Versammlung erklärte sich mit dem vom Vorstande vorgelegten Entwurf einverstanden und beschloß, die Petition den städtischen Behörden zu übermitteln, ferner nach Kräften für die Verbreitung der Eingabe in den betheiligten Kreisen der Grundbesitzer, denen sie im Druck zugänglich gemacht werden soll, Sorge zu tragen. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß die Presse den Entwurf möglichst im Wortlaut veröffentliche und daß die Petition der Grundbesitzer zum Gegenstande einer möglichst eingehenden öffentlichen Besprechung gemacht werde. Demnächst trat die Versammlung in die Berathung eines auf Grund eines früheren Beschlusses seitens des Vorstandes ausgearbeiteten Statutenentwurfs einer Versicherungs-Gesellschaft gegen Wasserschaden durch Röhrenbruch. Die Discussion bewegt sich namentlich um die Frage, wer für einen Wassenschaden der durch den Bruch einer Röhre der städtischen Wasser-Leitung einstehe, eigentlich regreßpflichtig zu machen sei.

Der Vorsitzende, Director Milch, welcher eingehend über den Statutenentwurf referirte und die Nothwendigkeit einer solchen Versicherungs-Gesellschaft begründete, wies darauf hin, daß nur in dem nach Lage der Sache außerordentlich seltenen Falle, daß der bestimmte Nachweis geführt werden könne, der Schaden sei durch eine fehlerhafte Anlage veranlaßt, ein Anspruch an den Unternehmer erhoben werden könne. Während von der einen Seite geltend gemacht wird, daß dem natürlichen Rechtsbewußtsein nach der Magistrat für alle durch Röhrenbrüche bei der städtischen Wasserleitung verursachten Schäden hafte und daß diese Haftpflicht in Berlin auch durch eine gerichtliche Entscheidung anerkannt sei, wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß bei dem hier vor etwa zwei Jahren auf der Reuschestraße vorgekommenen, mit keiner erheblichen Beschädigung für den Wirth und den Miether in dem betreffenden Grundstück verbundenen Röhrenbruch ein Ersatz seitens der städtischen Behörde nicht geleistet worden und auch nach juristischer Begründung nicht zu leisten gewesen wäre. Es wurde schließlich beschlossen, den vorgelegten Entwurf als Grundlage für ein Statut zu genehmigen und denselben dem Magistrat zugehen zu lassen. — Nach den wesentlichsten Bestimmungen des Statuten-Entwurfs sollen behufs Vergütigung der durch städtisches Leitungswasser eintretenden Beschädigungen der Häuser und der in denselben befindlichen Waaren und anderen Mobilien, hiesige Hausbesitzer und Einwohner zu einer Gesellschaft zusammentreten, die, auf Gegenseitigkeit gegründet, auf eigene Kosten durch den Magistrat verwaltet werden soll, und welcher beizutreten jeder Breslauer Hausbesitzer und Einwohner das Recht hat. Jedes Mitglied der Gesellschaft hat bei seinem Eintritt sein Interesse zu declariren, welches dann auf Grund dieser Declaration nach sachverständiger Prüfung durch eine Versicherungsdeputation festgestellt wird. Bei eingetretenem Schaden durch Röhrenbruch der Straßen- oder Hausleitungen wird der entstandene Schaden dem Versicherungsnehmer vergütet. — Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde die noch auf der Tagesordnung stehende Besprechung des Miethsvertrages für die nächste Sitzung, die in einem Local der Sandvorstadt stattfinden soll, verschoben. Wie der Vorsitzende hervorhebt, wird es bei der Erörterung des wichtigen Themas des Miethsvertrages wesentlich darauf ankommen, zu untersuchen: welche gesetzliche Bestimmungen existiren in dieser Richtung und welche Uebelstände haben sich in den bestehenden Bestimmungen gezeigt, welche annehmbare Form dürfte sich für den Miethsvertrag empfehlen? Der Vorsitzende, Director Milch, richtete an die Anwesenden die Bitte, sich selbst und alle ihre Bekanntenkreise dafür zu interessiren, um ein möglichst reichhaltiges Material, gerichtliche Entscheidungen bei Miethsfragen, Erfahrungen aus der Praxis und was sonst nur immer dazu dienen könne, eine möglichst breite Unterlage für die Beurtheilung der wichtigen Frage des Miethsvertrages zu gewinnen, welche in der nächsten und bei der hohen Bedeutung des Gegenstandes für die Wirthe event. noch in weiteren Sitzungen besprochen werden soll.

J.P. **Glatz**, 28. Februar. [Die städtische Sparkasse,] welche im Jahre 1821 errichtet wurde und von Jahr zu Jahr einen immer erfreulicheren Aufschwung genommen hat, nimmt Einlagen von 3 M. ab in unbeschränkter Höhe an und verzinst dieselben laut Statut vom 17. Decbr. 1850 und Nachtrag vom 1. Januar 1875 mit 3,6 Procent. Das Guthaben der Interessenten betrug Ende 1870 rund 185,507 M., 1874 308,533 M. und 1877 506,791 M. Zu letzterem Capital wurden im Jahre 1878 zugezahlt 206,255 M. und an nicht erhobenen Zinsen gut geschrieben 15,535 M., giebt zusammen rund 728,581 M. Hiervon nahmen die Einleger im Jahre 1878 zurück 116,110 M., mithin betrug das Capital der Einlagen Ende 1878 612,471 M., hat sich also gegen das Jahr 1877 um 105,680 M. und seit Ende 1870 um 426,964 M. vermehrt. Ueber die Einlagen bestehen 2256 Sparbücher, welche ihre Deckung in den Hypotheken und Werthpapieren per 610,496 M. und dem Baarbestande von 1975 M. finden. An Zinsen-Ueberschuß sind dem Reservefonds 7787 M. überwiesen worden. Die Einnahmen des Sparkassen-Reservefonds betrugen Ende vorigen Jahres zusammen 17,958 M., die Ausgaben incl. 938 M. Verwaltungskosten zusammen 10,073 M., so daß am Jahresschluß ein Bestand von 7885 M. verblieb. Wenn hierzu noch die Activ-Capitalien per 53,496 M. gerechnet werden, so stellt sich das Vermögen des Sparkassen-Reservefonds am Jahresschlusse überhaupt auf 61,851 M., also um fast 600 M. über das statutenmäßige Soll. Verluste hat auch im Jahre 1878 die Sparkasse nicht erlitten.

▱ **Militsch**, 27. Febr. [Unfall. — Diebstahl.] Ein Chaussee-Aufseher verunglückte vor einigen Tagen dadurch, daß ihm beim Schließen einer Barriere die Barrierenstange entfiel und ihm den Unterschenkel zerschmetterte. — Ein junger Bursche stieg Sonntag Abend, nachdem er die Scheibe eingedrückt und das Fenster aufgewirbelt, durch letzteres in die Wohnstube des Müllers K. zu Ziegelscheune und entwendete aus einem unverschlossenen Schube die Summe von 30 Mark. Nach vollbrachter That bemühte er sich, das leicht erworbene Geld rasch wieder durchzubringen. Als am anderen Morgen jedoch der Diebstahl entdeckt wurde und der Verdacht sich auf den Burschen lenkte, räumte er seine That ein. 25 Mark, die er im Schweinestalle versteckt hatte, konnte er noch herbeischaffen und zurückgeben. Auf Bitten des Vaters des Burschen wird der geschädigte Eigenthümer wahrscheinlich keinen Strafantrag stellen.

Handel, Industrie 2c.

Berlin, 28. Febr. [Börse.] Die von Petersburg ausgehenden, beruhigenden Mittheilungen über den gestern erwähnten Erkrankungsfall hatten der Börse eine bessere Stimmung gegeben. Dieselbe fand jedoch nur in der allgemeinen Erhöhung des Coursniveaus ihren Ausdruck, denn der Verkehr blieb auf allen Gebieten innerhalb der engsten Grenzen. In Oesterreichischen Creditactien fand, ebenso wie an den Tagen zuvor, ein einigermaßen regerer Verkehr statt. Auch russische Noten betheiligten sich wieder mehr am Verkehr. Die Liquidation ist im Großen und Ganzen glatt vorüber gegangen. Man sprach allerdings heut von einigen Stockungen, jedoch blieben dieselben von ganz untergeordneter Bedeutung. Oesterr. Creditactien setzten schon an der Vorbörse mit höherem Course ein und zogen auch im ferneren Verlauf des Geschäfts noch etwas an. In der zweiten Börsenstunde verlor aber auch der Verkehr in diesem Effect an Regsamkeit und unter unbedeutenden Schwankungen konnte sich die Notiz in ihrer gewonnenen Höhe behaupten. Franzosen und Lombarden waren ganz vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen fanden wenig Beachtung. Von den localen Speculationspapieren zeichneten sich Disconto-Commanditantheile durch Festigkeit und regeren Verkehr aus. Lauraactien blieben sehr still. Es notirten: Disc.-Comm. ult. 132—1¾—2½. Die Haltung für ausländische Staatsanleihen war sehr fest und vermochten die meisten Devisen dieser Gattung im Course anzuziehen. Ungar. Rente beliebt. Für Russische Werthe gute Kauflust. 5procentige Staatsanleihe pr. ult. 85½—⅞ bis ¾. Russ. Noten anziehend, pr. März 198½—202¾—200 (Vorprämie 202½/3), pr. April 199—201—200½ (Vorprämie 204/4). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnprioritäten ruhiger, aber fest. Auf dem Eisenbahnactienmarkte stagnirte der Verkehr fast gänzlich. Die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen hielten sich auf gestrigem Niveau. Es notirten: Bergische ult. März 77,50, Köln. ult. März 105,10, Rhein. ult. März 107,25. Halberstädter höher. Potsdamer und Stettiner gingen zu gestriger Notiz lebhafter um. Leichte Bahnactien vernachlässigt. Bankactien waren ziemlich fest und speculative Devisen gingen auch ziemlich lebhaft um. Deutsche Bank zog etwas an. Darmst. besserten ebenfalls die Notiz. Antwerpener Centralbank, Leipziger Creditbank, Kölner Wechslerbank, Luxemburger Bank, Baseler Bankverein, Braunschweiger Hypothekenbank, Preuß. Bodencredit und Schles. Vereinsbank anziehend. Niedriger stellten sich Spielhagen, Meininger, Gothaer Grundcredit, Braunschw. Bank, Königsberger Vereinsbank und Mecklenburgische Hypothenbank. Industriepapiere mäßig belebt. Nürnberger Bierbrauerei, Ahrens Brauerei besser, Tivoli dagegen niedriger. Große Pferdebahn zog bei lebhaftem Geschäft an. Viehhof und Berliner Holzcomptoir besser. Dessauer Gas und Magdeburger Gasactien steigend. Dankberg Ofenfabrik höher. Linke Wagenbau zog im Course an. Montanwerthe fest. Donnersmarck, Louise Tiefbau, Hibernia, Harkort kamen höher zur Notiz. Braunschweiger Kohlen matter.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 414,50, Lombarden 115,50, Franzosen 429,—, Reichsbank 152,75, Disc.-Commandit 132,50, Laurahütte 66,25, Türken 12,60, Italiener 76,20, Oesterr. Goldrente 65,50, Ungarische Goldrente 73,25, Oesterr. Silberrente 55,20, do. Papierrente 54,75, 5% Russen 85,75, Köln-Mindener 105,25, Rheinische 107,40, Bergische 77,60, Rumänen 29,75, Russische Noten 200,—, Orient —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,75 bez., do. Eisenb.-Coup. 173 75 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Prioritäten 4,16 bez., do. Papier-Dollars 4,155 bez., 6% New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. —,— bez., Russ. Zoll 20,55—54 bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —,— bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,425 bez.

Petersburg, 28. Febr. Ausweis der Reichsbank vom 24. Febr. n. St.*)

Creditbill. in Umlauf	716,515,125 Rbl.	unverändert.
Notenemission für Rechnung der Succurs.	431,600,000 Rbl.	Abn. 1,100,000 Rbl.
Vorschüsse der Bank an die Staatsregierung	429,341,091 Rbl.	Abn. 53,224 Rbl.

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 10. Febr.

Berlin, 28. Febr. [Producten-Bericht.] Zu andauernd starkem Schneefall hat sich nun auch wieder leichter Frost eingestellt. Man kann an die Folgen der fast beispiellos reichlichen Niederschläge nicht denken, ohne unwillkürlich bangen Besorgnissen zu verfallen. — Roggen hat sich eine Kleinigkeit höher verwerthen lassen, doch fehlte es zu den besseren Preisen auch nicht an Verkäufern für Termine. Waare, schwach zugeführt, wurde sehr fest gehalten. — Roggenmehl etwas besser bezahlt. — Weizen bekundete sehr feste Haltung. Realisirungen per Frühjahr hielten indessen die nahen Sichten unter Druck, nur späte Termine zeigen eine kleine Besserung. — Hafer loco behauptet. Termine fester, aber unbelebt. — Rüböl hat sich im Werthe kaum merklich verändert und ist sehr wenig umgegangen, aber die Haltung ist fest. — Petroleum sehr ruhig. — Spiritus weniger fest als gestern, hat gleichwohl nur unwesentlich im Preise nachgegeben. Der Handel ist sehr schwach. Unser Lager erreicht jetzt 2 Millionen Liter.

Weizen loco 150—188 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defecter weißer poln. — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 179—178 M. bez., per Mai-Juni 182—181—181½ M. bez., per Juni-Juli 184½ Mark bez., per Juli-August 187—186½ M. bez., per September-October — M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 113 bis 128 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 116—118 M., feiner trockener russischer — Mark, inländischer 122—124 M. ab Bahn bez., hochfeiner inländischer — M. bez., per Februar — M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 123½—123—123½ Mark bez., per Mai-Juni 123½—123—123½ Mark bez., per Juni-Juli 124½—124—124½ Mark bez., per Juli-August 126½ bis 126—126½ Mark bez., per September-October — M. bez. Gekündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 124 M. — Gerste loco 105—183 Mark nach Qualität gefordert. — Mais loco 118—123 M. nach Qualität gefordert, ungarischer — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 96—134 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gef., ost- und westpreußischer 100 113 M. bez., russischer 98 bis 113 Mark bez., ordinär. russ. — M., pommerscher 106 bis 114 M. bez., schlesischer 110—118 Mark bez., böhmischer 110—118 Mark, feiner weißer pommerscher und mecklenburgischer 115—120 M. ab Bahn bez., per Februar — Mark bez., per April-Mai 115½ M. Gd., per Mai-Juni 117 M. bez., per Juni-Juli 119½ Mark bez. Gek. — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen: Kochwaare 132 bis 190 Mark, Futterwaare 115 bis 131 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 24,00 bis 23,00 M., Nr. 0 und 1: 23,00—22,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,25—17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,50 bis 16,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Februar 17,30 bis 17,25 M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,45—17,40 M. bez., per Mai-Juni 17,50 M. bez., per Juni-Juli 17,70 M. bez., per Juli-August 17,85 M. bez., per September-October 18,10 M. bez. Gekündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 17,25 Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M., ohne Faß 58 M. bez., per Februar 59 M. bez., per Februar-März 58,7 Mark bez., per März-April 58,6 M. bez., per April-Mai 58,8 M. bez., per Mai-Juni 59—59,2 M. bez., per September-October 61 M. bez. Gekündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 59 M. — Leinöl loco 58 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 21,5 Mark bez., per Februar 21,2 M. bez., per Februar-März 20,7 M. bez., per März-April 20,7 M. bez., per April-Mai 20,9 M. bez., per September-October 24 Mark bez., per August bis December — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 51,6 M. bez., per Februar 51,5 Mark nom., per Februar-März 51,5 M. nom., per April-Mai 52,5—52,3 M. bez., per Mai-Juni 52,6—52,4 M. bez., per Juni-Juli 53,5—53,3 M. bez., per Juli-August 54,5—54,3 Mark bez., per September-October 54,9—54,8 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 28., März 1.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 0°,9	— 2°,7	— 3°,9
Luftdruck bei 0°	329''',00	329''',57	330''',17
Dunstdruck	1''',55	1''',43	1''',32
Dunstsättigung	84 pCt.	92 pCt.	95 pCt.
Wind	W. 1.	W. 2.	NW. 1.
Wetter	Schnee.	Schnee.	Schnee.

Berliner Börse vom 28. Februar 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,40 bzG
Consolidirte Anleihe	4½	105,00 bzG
do. do. 1876	4	96,20 bz
Staats-Anleihe	4	96,40 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	91,90 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	150,50 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,30 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	102,00 bz
Pommersche	3½	85,25 bz
do.	4	95,90 bz
do.	4½	102,90 G
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	95,60 bz
Schlesische	3½	87,40 G
Lndschaftl. Central	4	95,20 bzG
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,90 bz
Pommersche	4	96,60 G
Posensche	4	96,55 bzG
Preussische	4	96,50 G
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 G
Sächsische	4	97,10 bz
Schlesische	4	97,60 G
Badische Präm.-Anl.	4	123,75 B
Baierische 4% Anleihe	4	125,00 bzB
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	118,75 bz
Sächs. Rente von 1876	3	75,50 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 253,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose Verloosung
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,80 bz
Oldenburger Loose 142,50 B

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	108,60 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,25 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,75 bzG
do. do. do.	5	101,00 bzG
Künd br. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	102,40 bz
do rückzb. à 110	5	107,40 bz
do. do. do.	4½	99,00 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	106,40 bzG
Künd b. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	95,00 B
do. do. Pfandbr.	5	96,50 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,25 bz
do. do. II. Em.	5	89,30 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,00 bz
do. do. II. Em.	5	106,50 B
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	99,65 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,70 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	110,00 B
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	96,25 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	96,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,00 G
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	55,50 G
do. (1./4. 1./10.)		55,50 B
do. Goldrente	4	65,75 bz
do. Papierrente	4⅕	54,90 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	105,50 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	111,50 bzG
do. Credit-Loose	fr.	308,00 B
do. 64er Loose	fr.	267,00 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	147,00 bzB
do. do. 1866	5	146,50 bzB
do. Orient-Anl. v. 1877	5	57,90 bz
do. II. do. v. 1878	5	57,80 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	74,70 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	77,00 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	81,25 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	62,40 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	55,50 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,60 bzG
do. do. 1885	6	98,90 G
do. 5% Anleihe	5	102,30 G
Ital. 5% Anleihe	5	78,50 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	103,60 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	74,75 bz
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	12,70 bz
Ungar. Goldrente	6	73,40-73,50 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	156,50 bzB
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	74,80 bz
do. Schatzanw.	6	— —
do. do. II. Abth.	6	103,10 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,60 bzB
Türken-Loose 59,90 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,75 bz
do. III. v. St. 3½ g.	3½	86,60 bzG
do. do. VI.	4½	100,90 B
do. Hess. Nordbahn	5	104,00 G
Berlin-Görlitz	5	102,25 G
do.	4½	93,50 G
do. Lit. C.	4½	87,40 bz
Bresl.-Freib. Lit. D.E.F	4½	99,50 G
do. Lit. G.	4½	99,60 G
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	96,50 bz
do. do. K.	4½	96,60 bz
do. von 1876.	5	102,70 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	94,00 bzB
do. Lit. B.	4½	101,50 B
do. IV.	4	95,30 bz
do. V.	4	95,50 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	102,20 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,90 bz
do. do. II. Ser.	4	95,50 bzB
do. do. Obl. I. u. II.	4	— —
do. do. III. Ser.	4	95,25 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	93,90 bz
do. D.	4	93,90 bz
do. E.	3½	87,10 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,80 B
do. von 1869.	5	101,50 G
do. von 1873.	4	93,25 B
do. von 1874.	4½	100,70 G
do. Brieg-Neisse	4½	99,50 G
do. Cosel-Oderb.	4	95,75 bzG
do. do.	5	103,10 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100,25 G
do. do. III. Em.	4½	100,25 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,80 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	101,40 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Dux-Bodenbach	fr.	65,00 bzG
do. II. Emission	fr.	58,60 bzG
Prag-Dux	fr.	22,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,20 bzG
do. do. neue	5	86,80 G
Kaschau-Oderberg	5	61,30 bzG
Ung. Nordostbahn	5	59,00 bzG
Ung. Ostbahn	5	55,10 G
Lemberg-Czernowitz	5	67,50 G
do. do. II	5	69,50 bzG
do. do. III.	5	63,20 bzG
do. do. IV.	5	58,10 G
Mährische Grenzbahn	5	56,60 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,75 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	67,00 bz
Oesterr.-Französische	3	350,30 bzG
do. do. II.	3	345,00 G
do. südl. Staatsbahn	3	244,50 G
do. neue	3	245,00 B
do. Obligationen	5	86,30 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	81,50 bz
Warschau-Wien II.	5	98,20 bzB
do. III.	5	96,10 B
do IV.	5	85,90 bz
d V.	5	83,00 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	169,05 bz
do. do.	2 M.	3½	168,30 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,33 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,10 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	199,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	200,15 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	174,30 bz
do. do.	2 M.	4½	173,30 bz

Ducaten 6,61 bz	Dollars 4,18 G
Sover. 20,40 G	Oest. Bkn. 174,45 bz
Napoleon 16,19 bz	do. Silbergd — —
Imperials 16,67 bz	Russ. Bkn. 200,15 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1877	1878		
Aachen-Mastricht	½	—	4	16,25 bz
Berg.-Märkische	3⅓	—	4	77,50 bz
Berlin-Anhalt	5¾	—	4	88,30 bz
Berlin-Dresden	0	—	4	8,00 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	16,00 bzG
Berlin-Hamburg	11½	—	4	179,25 bzB
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	—	4	79,90 bz
Berlin-Stettin	7¹⁄₁₀	—	4	97,50 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	72,90 bz
Bresl.-Freib.	2½	—	4	65,40 bz
Cöln-Minden	5¹⁄₂₀	—	4	105,10 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	20,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	9²⁄₇	—	4	97,50 bzB
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	15,90 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	14,10 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	5	44,20 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	51,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	181,75 bz
Märk.-Posener	0	0	4	22,25 bzB
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	125,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	4	67,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 B
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	124,50 bz
do. B.	8½	—	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	428,60-29
Oest. Nordwestb.	4,15	—	5	210,50 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	115,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	43,40 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅓	—	4	108,90 bzG
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	37,00 bz
Rheinische	7	—	4	107,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	94,25 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	9,00 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	29,75 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	15,75 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,20 bz
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	116,00 bz
Warschau-Wien.	5	—	4	173,00 B

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	19,25 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	38,00 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	30,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	46,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	29,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	18,25 bzG
Märkisch-Posener	4½	—	5	88,75 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	78,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	107,90 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	89,50 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅛	—	5	113,75 bzG
Rumänier	8	8	8	83,50 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	17,75 G
Weimar-Gera	0	0	5	16,50 bz

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	—	4	26,00 G
Anglo Deutsche Bk.	0	—	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	8⁴⁄₁₅	8⁹⁄₁₀	4	145,00 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	57,50 bz
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6	—	4	66,50 G
Braunschw. Bank.	3	—	4	81,00 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	3	—	4	67,00 G
Bresl. Wechslerb.	5⅓	—	4	73,75 G
Coburg. Cred.-Bnk.	5	—	4	69,00 B
Danziger Priv.-Bk.	0	5⅕	4	105,50 B
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	117,90 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¾	5¼	4	100,0 B
Deutsche Bank	6	—	4	100,60 bzG
do. Reichsbank	6,29	—	4½	152,70 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	83,50 B
Disc.-Comm.-Anth.	5	—	4	132,50 bz
do. ult.	5	—	4	132,00-32,75
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	90,00 G
do. junge	5½	—	4	96,00 G
Goth. Grundcredb.	8	6	4	87,00 B
do. junge	8	6	4	90,00 bzB
Hamb. Vereins-B.	10⁵⁄₉	7¾	4	121,75 G
Hannov. Bank	6	5½	4	102,00 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	6	4	82,50 B
Lndw.-B. Kwilecki.	0	—	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	5⅔	6⅔	4	116,10 G
Luxemburg. Bank	6½	—	4	108,25 G
Magdeburger do.	5⁹⁄₁₀	6³⁄₁₀	4	108 G
Meininger do.	2	—	4	73,60 bzG
Nordd. Bank	8½	8⅘	4	138,40 G
Nordd. Grundcr.-B.	5	—	4	50,00 B
Oberlausitzer Bk.	3	4	4	67,50 B
Oest. Cred.-Actien	8⅛	—	4	412-15½-15
Posener Pro.-Bank	6½	4	4	103,10 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	75,25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,50 bzB
Sächs. Bank	5¾	5¾	4	103,75 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	88,00 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	33,00 bzG
Wiener Unionsbk.	3½	—	4	125 B

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	— —
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	21,50 G
Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	107,25 G
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	63,00 G
Thüringer Bank	0	—	fr.	75,00 G

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	— —
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	7,40 B
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	72,00 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	24,90 bzG
Nordd. Gummifab.	4	—	4	48,50 G
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	0,40 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	—	4	82,60 G
Schles. Feuervers.	25	—	fr.	875 B
Donnersmarkhütt.	3	—	4	25,25 bzG
Dortm. Union	0	—	4	7,75 B
do. abgest.	0	—	4	— —
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,25 bzG
Lauchhammer	0	—	4	22,00 B
Marienhütte	3	—	4	43,00 B
Cons. Redenhütte	—	—	4	60 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	8,50 G
Schl. Zinkh.-Actien	6½	—	4	78,25 bz
do. St.-Pr.-Act.	6½	—	4	88,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4½	41,50 G
Vorwärtshütte	0	—	4	5,00 B
Baltischer Lloyd	—	—	4	5,00 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	fr.	— —
Bresl. E.-Wagenb.	1	—	4	60,00 bzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	51,00 bzG
Erdm. Spinnerei	0	—	4	16,25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	62,00 G
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	—	4	21,00 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	30,25 bzG
Schl. Leinenind.	4	—	4	65,70 B
do. Porzellan	1½	—	4	27,00 G
Wilhelmsb. MA.	0	—	4	19,50 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Breslau, 1. März, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, nur zu notirten Preisen verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 14,00 bis 16,50—17,50 Mark, gelber 13,80—16,00 bis 16,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwächerem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,20 bis 11,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weiße 13,30—14,20 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 9,40 — 10,00 — 10,60 bis 12,00 Mark.

Mais gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 10,00—10,50—11,00 Mark.

Erbsen schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50 — 7,80 — 8,10 Mark. blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten gut verkäuflich.

Schlaglein in fester Stimmung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	25	50	23	50	22	50
Winterraps	25	—	23	50	22	50
Winterrübsen	24	50	23	—	22	—
Sommerrübsen	24	75	23	—	22	—
Leindotter	20	—	19	—	18	—

Rapskuchen mehr Kauflust, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,70 Mark.

Leinkuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother preishaltend, pr. 50 Kilogr. 33—36 bis 40—43 Mark, weißer behauptet, pr. 50 Kilogr. 39—50—54—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 15,00—18,00—19,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbacken 17,50—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Heu 2,70—2,90 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Breslau, 1. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 20 Cm. U.-P. 1 M. — Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 28. Febr. Die Deutsch-Conservativen brachten einen von Ackermann, Helldorf und Seydewitz gestellten Antrag ein, den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung, zu ersuchen. Gewünscht wird die Einschränkung folgender Gewerbe: Gast- und Schankwirthschaften, Schauspiel-Unternehmungen, Branntwein-Kleinhandel, Auctionen umherziehender Kaufleute und Wanderlager; ferner die Abänderung des Titels 6 der Gewerbe-Ordnung hinsichtlich der Gesellen- und Meisterprüfung, die Aufsicht über Fachschulen und Lehrlingswesen und über die Verwaltung der Kranken-Hilfs- und Invalidenkassen. (Vgl. die Berliner =-Correspondenz. Anm. d. Red.)

Wien, 28. Febr. Heute wurden im Ministerium des Innern unter Intervenirung der betheiligten Ministerien noch einige Nachtragspunkte zur Vereinbarung mit der serbischen Regierung wegen des Anschlusses an die Wiener Commissionsbeschlüsse betreffs Hintanhaltung der Pestgefahr erledigt und damit die Verhandlungen definitiv abgeschlossen. Bei den Verhandlungen wurden auch die Punktationen rücksichtlich der Dampfschifffahrt auf der Donau unterhalb Orsowa festgestellt, wobei zum Ausgangspunkte genommen wurde, daß Fahrten an vollständig unbedenklichen Uferstrecken getrennt von jenen an anderen Uferstrecken der Donau stattzufinden haben. Die einzuhaltenden sanitären Vorschriften und die von den betheiligten Regierungen zu pflegenden Amtshandlungen wurden genau festgesetzt. Es werden diese Punctationen auch einen integrirenden Bestandtheil der Vereinbarungen mit der rumänischen Regierung zu bilden haben.

Versailles, 28. Febr. Der Senat berieth das Amnestiegesetz. Victor Hugo verlangte uneingeschränkte Amnestie. Der Justizminister trat für die Regierungsvorlage ein und brandmarkte die Verbrechen der Commune, die man nicht vergessen könne. Die jetzige Amnestie sei ein gefährlicher Humanitätsact. Die Rückkehr der Contumazirten werde große Beruhigung herbeiführen. Wenn die rückkehrenden Contumazirten sich undankbar erweisen, werde das Gesetz nicht ohnmächtig sein und Strenge an Stelle der Milde treten. Die Regierungsvorlage wurde darauf mit 163 gegen 86 Stimmen angenommen. In der Kammer führte die Rentenconvertirungs-Frage einen Zwischenfall herbei, indem Anissou (Rechte) behauptete, der Finanzminister habe durch sein Schweigen die Börsenbaisse begünstigt. Der Finanzminister hebt hervor, die Initiative der Regierung könnte nur durch sein Schweigen bewahrt werden, welches so lange dauern müsse, bis der Tag zur Vorlegung des Convertirungsgesetz-Entwurfs gekommen sei. Die Initiative der Regierung sei geschädigt durch die erregte Behandlung der Frage in der Budgetcommission. Wenn man ihn interpellire, so seien die Interpellanten allein verantwortlich für die daraus entstehende Aufregung. Duville protestirt hiergegen Namens der den Deputirten zustehenden Initiative. Janvier warf dem Minister vor, daß er fünf Tage mit dieser Erklärung gewartet habe.

London, 28. Febr. Nach aus Capetown hier eingelangten Nachrichten vom 11. d. hielten sich die englischen Truppen fortgesetzt in der Defensive und warteten die verlangten Verstärkungen ab. An der Grenze herrschte Ruhe, die Boërn im Transvaallande weigerten sich, den Engländern beizustehen.

Petersburg, 28. Febr. Bezüglich der Krankheit Prokoffieff's schreibt der „Regierungsbote": Die unter dem Vorsitze des Stadthauptmanns gebildete Sanitätscommission bestätigte am 26. d., daß der vermeintliche Pestkranke, Prokoffieff, an Syphilis leidet und die Drüsenanschwellungen nur hierdurch bedingt seien. Das diesbezügliche Protokoll ist von vier Aerzten, dem General Suroff, dem Stadthauptmann Baron Korff und dem Vorsitzenden der Sanitätscommission Lichatscheff unterzeichnet worden. Am 27. d. ist Prokoffieff abermals durch eine besondere, aus Mitgliedern des Medicinalraths gebildete Commission untersucht worden, welche in dem hierüber aufgenommenen Protokoll sich gleichfalls dahin aussprach, daß die Erkrankung syphilitischer Natur sei. Auf Grund des gleichartigen Ergebnisses der beiden Untersuchungen wird beabsichtigt, die strengen sanitätspolizeilichen Maßregeln gegen die vordem mit Prokoffieff zusammenwohnenden Personen sofort aufzuheben.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **London**, 26. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Consols 96⅜, Ital. 5proc. Rente 75½, Lombarden 6, 5proc. Russen de 1871 85, 5proc. Russen de 1872 84½, 5proc. Russen de 1873 84⅞, Silber —, Türkische Anleihe de 1865 12½, 6proc. Türken de 1869 —, 6proc. Ver. Staaten per 1882 106⅝, Silberrente —, Papierrente —, Ungar. Schatzanweisungen —, —, Spanier —, Egypter —, Berlin 20, 62, Hamburg 3 Monat 20, 62, Frankfurt a. M. 20, 62, Wien 11, 92, Paris 25, 45, Petersburg 23⅛. Platzdiscont 2¾ pCt. Bankeinzahlung — Pfd. St.

Frankfurt a. M., 28. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 47. Pariser Wechsel 81, 05. Wiener Wechsel 174, 30. Böhmische Westbahn 145¾. Elisabethbahn 145¼. Galizier 193½. Franzosen*) 213¾. Lombarden*) 56¼. Nordwestbahn 100½. Silberrente 55½. Papierrente 54¹¹⁄₁₆. Oesterreich. Goldrente 65¾. Ungar. Goldrente 73½. Italiener —. Russ. Bodencredit 74. Russen 1872 —. Neue russische Anleihe 86⅛. 1860er Loose 111⅜. 1864er Loose 269, 80. Creditactien*) 206½. Oest. National-Bank 686, 00. Darmstädter Bank 117½. Meininger Bank 73⅞. Hess. Ludwigsbahn 67⅛. Ungarische Staatsloose 155, 00. do. Schatzanweisungen 103³⁄₁₆. do. Ostbahn-Obligationen II. 66⅜. Central-Pacific 106½. Reichsbank 153⅛. Reichs-Anleihe 96⅜. II. Orientanleihe 57¼. Discont — pCt. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 206⅞, Franzosen 214, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier 193¾, Orientanleihe —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 28. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 118, Silberrente 55½, Oest. Goldrente 65½, Ung. Goldrente 73¼, Creditactien 206½, 1860er Loose 112, Franzosen 532½, Lombarden 142, Ital. Rente 76½, Neueste Russen 85¾, Vereinsbank 122, Laurahütte 65½, Commerzbank 102, Norddeutsche 138⅜, Anglo-deutsche 35, Intern. Bank 83¼, Amerik. de 1885 96½, Köln-Minden. St.-A. 105¼, Rhein. Eisenbahn do. 107¼, Bergisch-Märkische do. 77¾, Disconto 2 pCt. — Fest.

Silber in Barren per Kilogr 148,50 Br., 148, 00 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 36 Br. 20, 30 Gd., London kurz 20, 49 Br., 20 41 Gd., Amsterdam 167, 80 Br., 167 20 Gd., Wien 173, 00 Br., 171, 00 Gd, Paris 80, 55 Br., 80, 15 Gd., Petersburger Wechsel 199, 00 Br., 195, 00 Gd.

Hamburg, 28. Februar, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine besser. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen per April-Mai 181 Br., 180 Gd., per Mai-Juni 183 Br., 182 Gd. Roggen per April-Mai 120 Br., 119 Gd., per Mai-Juni 122 Br., 121 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 59, per Mai 59. Spiritus matt, per Februar 43 Br., per März-April 42⅝ Br., per April-Mai 42¼ Br., per Mai-Juni 42¼ Br. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 50 Br., 9, 40 Gd., per Februar 9, 40 Gd., per März-April 9, 35 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 28. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tages-Import 200 Ballen amerikanische.

Liverpool, 28. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 5⅜, April-Mai-Lieferung 5¹³⁄₃₂ D.

Manchester, 28. Februar, Nachm. 12r Water Armitage 6¾, 12r Water Taylor 7, 20r Water Micholls 7⅝, 30r Water Gidlow 8⅛, 30er Water Clayton 8⅞, 40r Mule Mayoll 7⅞, 40r Medio Wilkinson 9½, 36r Warpcops Qualität Rowland 8½, 40r Double Weston 9¼, 60r Double Weston 12¾, Printers ¹⁶⁄₁₆ ³⁴⁄₅₀ 8½pfd. 87. — Ruhig.

Petersburg, 28. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 23⁵⁄₁₆, do. Hamburg 3 M. 200¾, do. Amsterdam 3 M. 119¼, do. Paris 3 M. 247¾, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 235, do. de 1866 (gest.) 236, Russ. Anl. de 1873 —, 1877er Russen —, —, ½-Imperials 8, 35, Große Russische Eisenbahnen 245¾, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 120, II. Orient-Anleihe 92⅞. Privatdiscont 4½ %.

Petersburg, 28. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 62, 00. Weizen loco 13, 50. Roggen loco 7, 75. Hafer loco 4, 75. Hanf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) loco 13, 50. — Thauwetter.

Pest, 28. Februar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco geschäftslos, Termine ruhig, per Frühjahr 8, 57 Gd., 8, 60 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 35 Gd., 5, 45 Br. — Mais (Banat) per Frühjahr 4, 92 Gd., 4, 95 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 28. Februar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 27, 25, per März-April 27, 25, per Mai-Juni 27, 75, pr. Mai-August 27, 75. Mehl behauptet, per Febr. 58, 75, März-April 59, 50, per Mai-Juni 60, 50, per Mai-August 61, 00. Rüböl matt, per Februar 84, 50, per März-April 84, 00, per Mai-August 85, 00, per September-December 87, 00. Spiritus weichend, per Februar 53, 75, per Mai-August 55, 50.

Paris, 28. Februar, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilgr. 50, 50, Nr. 5/7/8 pr. Februar per 100 Klgr. 56, 50. — Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Klgr. per Februar 60, 50, per März-April 60, 75, per Mai-August 61, 50.

London, 28. Februar. Havannazucker Nr. 12 21⅞. Weichend.

Antwerpen, 28. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer befestigt. Gerste still.

Antwerpen, 28. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¾ bez., 24 Br., per März 23¾ bez. u. Br., per April 23½ Br., per September-December 26 Br. — Ruhig.

Bremen, 28. Februar, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 00, per März 9, 00, per April 9, 10, per Mai 9, 20, per August-December 10, 00.

Triest, 28. Febr. Der Lloyddampfer „Saturno" ist heut Nachm. 3½ Uhr aus Konstantinopel hier eingetroffen. An Bord desselben befand sich der britische Botschafter bei der Pforte, Layard.

Vermischtes.

[Neu entdeckter Planet.] Director Joh. Palisa zu Pola entdeckte in der Nacht vom 17. zum 18. d. Mts. einen Planeten 11. Größe. Es steigt hiermit die Anzahl der bekannten kleinen Planeten auf 192, von welchen 128 in Europa, 59 in Amerika und 5 in Asien entdeckt und gegen 39 nur in einer Erscheinung beobachtet sind. Nach „Astronomische Nachrichten" Nr. 2239 hält ein hervorragender Wiener Astronom es für möglich, daß am 19. März d. J., Vormittags, der Vorübergang eines sonnennahen Planeten vor der Sonnenscheibe eintreten könne.

[Lawinensturz am Brenner.] Am 26. Febr., Nachts, ist am Brenner zwischen den Stationen Brenner und Schelleberg in Folge eines Lawinensturzes der um 12 Uhr 3 Minuten Nachts von Innsbruck abgegangene Postzug mit Maschine und Kammerlwagen entgleist, wobei weder Passagiere noch Zugsmateriale beschädigt wurden. Eine Stunde später wurde an derselben Stelle durch einen neuen Lawinensturz das Wächterhaus weggerissen und die Bewohner verschüttet. Wächter und Kind wurden später todt aufgefunden. Der Zugsverkehr wurde für diesen Tag eingestellt.

Von **Hirth's „Formenschatz"** liegen nunmehr auch die Hefte 2 bis 5 des Jahrgangs 1879 vor (monatlich erscheint eine Lieferung, der Jahrgang beginnt mit October des Vorjahres). Wir können es nicht unternehmen, die in diesen Heften enthaltenen 72 Kunstblätter detaillirt aufzuführen und bemerken nur, daß dieselben in bekannter Vollendung namentlich ornamentale Werke von berühmten Meistern der italienischen und deutschen Renaissance wiedergeben. Die unschätzbare Bedeutung dieses Werkes liegt, wie selbst dem Laien immer mehr einleuchtet, nicht allein darin, daß dem Handwerker Vorbilder vorgeführt werden, welche er direct sclavisch nachahmen kann, sondern in der Erziehung zu feinerem Stilgefühl, ohne welches unsere Künstler und Gewerbsleute niemals die Höhe der alten Meister erreichen können. Der Juwelier oder Schreiner, der nur Vorbilder aus dem Kreise seines Handwerkes sucht, wird zeitlebens, selbst bei der gediegendsten Technik, ein stilistischer Dilettant sein, er wird weder Neues schaffen, noch seinen Werken den Zauber künstlerischer Empfindung verleihen können. In dieser Beziehung nun ist der „Formenschatz" eine wahre Goldgrube. Schon die 320 Blätter, welche in diesem volksthümlichen Werke bisher erschienen sind, eröffnen den Unkundigen eine neue Welt; wer nur einigen Formensinn besitzt, der wird schon durch das tägliche Anschauen dieser Blätter, durch das immer wiederholte Vergleichen und Nebeneinanderhalten derselben sehr bald ein gewisses Gefühl der Sicherheit bekommen, das mit der Zeit zum selbstständigen Urtheil erstarken muß. Deshalb ist es auch so wichtig, daß der billige Preis es möglich macht, jedem Kunstjünger und Lehrling, jedem talentvollen Knaben und Mädchen dieses Bildungsmittel als unumschränktes Eigenthum in die Hand zu geben. Die berühmten Kunstgewerbeschulen zu München und Nürnberg legen Gewicht darauf, daß jeder ihrer Schüler und Schülerinnen den „Formenschatz" selbst besitze; möge dies Beispiel in allen Kunst- und Gewerbeschulen Deutschlands, in jeder gebildeten Familie Nachahmung finden! Man wende sich an irgend eine Buchhandlung oder direct an den Verlag von G. Hirth in Leipzig und München.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.